

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Rollen-  
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (selb-  
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Interate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Wochenpreis 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
vierteljährlich 3,30 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
3 Mark, für das übrige Ausland  
5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

## Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitag findet der diesjährige in  
Bremen statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9  
der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen  
Parteitag auf

**Sonntag, den 18. September,**

abends 7 Uhr, nach Bremen, in das Lokal „Casino“, Auf den  
Gäfen, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 18. September, abends 7 Uhr:  
Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der  
Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-  
Kommission.

Montag, den 19. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.  
Berichterstatler: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission.  
Berichterstatler: G. Reister.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.  
Berichterstatler: G. Ledebour.
4. Reisebericht.  
Berichterstatler: R. Fischer.
5. Kommunalpolitik.  
Berichterstatler: G. Lindemann.
6. Der internationale Kongress in Amsterdam.  
Berichterstatler: P. Singer.
7. Organisation.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Drittes  
des nächsten Parteitages.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die  
Aufforderung, die Vorbereitungen für den Parteitag — also die  
Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig  
zu bewerkstelligen.

Die Anträge müssen spätestens den 4. September in den Händen  
des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30,  
sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der  
Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die  
gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-  
zeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen  
bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung  
gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht,  
von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee recht-  
zeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell  
weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Heinrich Schulz, Bremen, Hankenstr. 21/22,  
Mandatsformulare sind durch das Parteibureau  
J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30  
zu beziehen.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam  
gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebenen Notizen weder im  
„Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Auf-  
nahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre  
Anträge selbst oder durch beauftragte Genossen auf dem Parteitag  
mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Notizen verbietet sich aber  
aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.  
Berlin, 17. Juli 1904.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
Der Parteivorstand.

## Kirche, Schule und Proletariat.

I.

Immer wieder begegnet man — auch in der Parteipresse —  
der falschen Auffassung, es hätte die Kirche sich wenigstens um die  
Anfänge der Volksschule irgend ein Verdienst erworben. Diese Auf-  
fassung steht mit den historischen Tatsachen in Widerspruch.

Die Volksschule ist weder von der allein herrschenden katholischen  
Kirche des Mittelalters noch von der Reformation ins Leben gerufen  
worden; sie ist vielmehr im bewußten Gegensatz zur Kirche und im  
harten jahrhundertlangen Kampfe mit ihr als ein Produkt der  
wirtschaftlichen Entwicklung in den mittelalterlichen Städten  
entstanden. Die höheren Schulen sind allerdings geistlichen  
Ursprungs. Auf ihnen wurden die Männer des geistlichen und  
weltlichen Regiments im Mittelalter, also Kleriker und Junker, später  
auch die Patriziersöhne in den Städten, ausgebildet. Für das  
„Volk“ gab es keinerlei Bildungsanstalten, so lange es als unter-  
schichtlose hörige Masse auf dem Lande oder in der Stadt für einen  
gnädigen Herrn scharwerkte. Erst als in den Städten der bis dahin  
fremde Handwerker sich freimachte, als das bürgerliche Handwerk  
entstand, als der Einzelne ökonomisch selbständig wurde, entstanden  
die ersten „Schreibschulen“. Die Bewohner einer Straße thaten  
sich zusammen und hielten in der Wohnung eines von ihnen  
durch einen Woganten die Kinder im Schreiben unterweisen.  
Schreiben war die Hauptsache, dieser „Kunst“ bedurfte der  
Handwerkmeister für seinen Beruf. Lesen kam, zumal die Buch-  
druckerkunst noch nicht erfunden war, erst in zweiter Reihe in Be-  
tracht. Auch Rechnen wurde getrieben.

Die Kirche hat von Anfang an auf das schärfste gegen diese  
Schulen gewettert. Hier vollzog sich eine Keuerung, an der sie gar

nicht beteiligt war, bei der sie nicht einmal um Rat gefragt wurde.  
Ueber ihr geliebtes Latein gingen diese Schulen kaltfädelnd hin-  
weg — was sollte der Handwerker mit diesem Ballast! — und  
stolz nannten sie sich im Gegensatz zu den kirchlichen Lateinschulen  
„deutsche“ (deutsche) Schulen. Religionsunterricht kannte man in  
diesen Schulen überhaupt nicht. Um den Nachstellungen der tobenden  
Kleriker zu entgehen, vertrieben sich die deutschen Schreibschulen oft  
genug in Winkel, daher der Name „Winkelschule“ oder Klipperschule.

Als die Reformation einsetzte, gab es in fast sämtlichen deutschen  
Städten ein reich ausgebildetes Volksschulwesen. Das es nicht  
erfolglos thätig war, erweist — um nur ein Beispiel anzuführen —  
ein Blick auf den städtischen Meistergesang, der bei aller silber-  
schneidenden Pedanterie oder richtiger gerade deswegen doch eine  
gute Schulung der Handwerker und ihrer Gesellen und Lehrlinge  
in der deutschen Sprache voraussetzt.

Die Reformation hat nicht einmal, wie eine fromme Geschichts-  
läge behauptet, das Volksschulwesen gefördert, sondern sie hat im  
Gegenteil seine Entwicklung schwer geschädigt. Die Reformation  
stellte die Kirche in den Dienst der Territorialherrlichkeit. Da  
man ihr leider auch die Schulen überließ, so wurde die Volksschule  
gleichfalls diesem erlauchten Zwecke geopfert. Allerdings nur indirekt  
beziehungsweise erst in zweiter Linie. Die Kirche schöpfte der Volks-  
schule zunächst den Rahm ab und den Rest überließ sie gnädigst  
dem Landesherrn. Die Kinder wurden zu frommen Christen und  
zu treuen Untertanen erzogen. Gab es bis zur Reformation  
überhaupt keinen Religionsunterricht in der Volksschule, dafür  
aber um so besseren Schreibunterricht, so wurde durch die  
Schulvisitationen der Reformatoren gerade der Religions-  
unterricht als die Haupttätigkeit der Volksschule in ihren Lehr-  
plan eingeführt, und statt Schreiben wurde Lesen neben der Religion  
der wichtigste Unterrichtsgegenstand — damit die Kinder möglichst  
bald die verdeutschte und durch den Druck vielverbreitete Bibel, ferner  
den Katechismus und das Gesangbuch studieren konnten!

Auf dieser „Basis“ hat die deutsche Volksschule von der Re-  
formation bis zum neunzehnten Jahrhundert fort vegetiert. Einen  
Selbstzweck gestand man ihr nicht zu. Sie wurde für gut genug  
erachtet, der Kirche Hauswirtschafsdienste zu leisten und den fürsten  
Landeskinder und Soldaten zu erziehen.

Die ökonomische Entwicklung jener Epoche stand diesem Verfall  
der Volksschule völlig interesselos gegenüber. In der Blütezeit der  
rein mechanischen manuellen Arbeit brauchten die Fabrikanten  
keine gebildeten Arbeiter. Das selbständige Kleinhandwerk aber war  
selbst so verkommen, daß ihm die Verkommenheit der Volksschule  
gar nicht zum Bewußtsein kam. Die Kirche hatte also in diesen  
ganzen langen Jahrhunderten niemand zu fürchten, der ihr die an-  
gemessene Herrschaft über die Volksschule freitig zu machen Mut  
oder Neigung gehabt hätte. Sie hat diese Zeit dazu benutzt, die Schule  
so fest an sich zu fetten, daß noch bis zur Stunde selbst die liberalen  
Lehrer von bäuglichem Heraklopfen besessen worden, wenn sie einmal  
unvermittelt vor den Gedanken geführt werden, die Schule müsse  
völlig von der Kirche getrennt werden, also auch durch Beseitigung  
des Religionsunterrichtes.

Erst mit der modernen Großindustrie, mit den durch die Maschine  
bewirkten technischen Fortschritten in der wirtschaftlichen Entwicklung  
gewann die Bourgeoisie Interesse an der Volksschule. Die moderne  
kapitalistische Produktion kann keine völlig ungebildeten Arbeiter ge-  
brauchen. Ein gewisses Mindestmaß an Wissen muß sie von ihren Aus-  
beutungsobjekten fordern. Da unter der alleinigen Oberhoheit der Kirche  
die Volksschulen dermaßen verrottet waren, daß sie dieses Mindest-  
maß nicht einmal mehr hergaben, war die Bourgeoisie in ihrem  
höchsteigen Interesse genötigt, ihre selbstige Einfluß auf die Schulen zu  
gewinnen. Es wurden Fabrikschulen, Sonntagsschulen, Industrie-  
schulen errichtet, die Städte kümmernten sich wieder mehr um ihr  
Volksschulwesen und die theoretischen Vorkämpfer der bürgerlichen  
Klasse, die stets aus Rücken Elefanten zu machen verstanden haben,  
verlängerten in schmeielernden Panfarenentönen die große selbstlose  
Schulfreundschaft der Bourgeoisie.

## Die Armee Kuropatkins abgeschnitten?

Nach den heutigen Meldungen haben die Russen auch Haischeng  
preisgegeben und sich nach Pianjang hin konzentriert. Die Japaner  
dürften ihnen jedenfalls auf den Fersen geblieben sein. Da  
Kuropatkin zwei Divisionen nördlich von Pianjang vorgeschoben  
hat, scheint damit den Russen auch der Rückzug nach Mukden ab-  
geschnitten zu sein, so daß die Würfel bei Pianjang fallen müssen.  
Denn der Rückzug einer Armee von immerhin 100 000 Mann läßt  
sich schwerlich noch bewerkstelligen, wenn die Japaner, die die Russen  
von allen Seiten umklammert haben, ernstlich entschlossen sind, den Feind  
nicht entweichen zu lassen. Und der ganze Feldzugsplan der  
Japaner lieft ja darauf hinaus, die russische Hauptarmee so ein-  
zukreisen, daß sie sich zum Entscheidungskampf stellen mußte.  
Kuropatkin scheint allerdings die größte Lust zu haben, sich so  
rasch als möglich nach Mukden und womöglich bis Chharbin  
zurückzuziehen, allein es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Japaner  
ihn so leicht aus der Falle entkommen lassen.

Alle Voraussicht nach wird sich also in den nächsten Tagen  
das Los der russischen Hauptarmee entscheiden. Auch in London  
hält man eine russische Katastrophe für unvermeidlich.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von dort gemeldet:

Die kombinierte Aktion der japanischen Generale Kuropatkin,  
Rodzu und Otsu unter dem Oberbefehl des Marschalls Ohama  
gleichzeitig gegen Kuropatkins Ost- und Südfront läßt sich aus  
Mitteilungen der hiesigen japanischen Gesandtschaft sowie  
aus beglaubigten Meldungen des „Telegraph“, der  
„Daily Mail“ und des „Standard“ aus Tokio  
und vom Kriegsschauplatz folgendermaßen zusammenfassen:  
Am 30. Juli griff General Rodzu bei Tagesanbruch  
auf der russischen Südfront die starken Stellungen  
bei Simutsheng an. Generalleutnant Alexejew mit zwei  
Divisionen Infanterie und sieben Batterien Artillerie verteidigte  
den Platz glänzend 48 Stunden hindurch. Sein linker Flügel  
trieb durch ein vorzügliches Artilleriefeuer den japanischen Angriff  
zurück. Sein Centrum machte gleichzeitig eine heroische Gegen-  
attacke, welche den japanischen Angriff zum Stehen brachte. Nach

mehrständigem, unentschiedenem Nahkampf erfaßte General Alexejew  
plötzlich, daß sein rechter Flügel umgangen ist. Hierauf  
wird der Rückzug notwendig. Alexejew zieht sich in voller  
Ordnung auf Haischeng zurück, wo er am 1. und 2. August ein-  
trifft, die japanische Verfolgung erfolgreich abwehrend. Die Ver-  
luste waren auf beiden Seiten außerordentlich große. Alexejew  
muß sechs Geschütze und viel Bagage zurücklassen.

Während so die russische Südfront engagiert und aufgerollt  
wird, greift General Kuropatkin die russische Ostfront am 31. Juli,  
1. und 2. August bei Hongsung und Kuschung an. Die  
Situation ist dieselbe wie auf der Südfront. Die russische  
Artillerie ist wesentlich besser als früher. Die Positionen sind  
ausgezeichnet. Die Russen machen vorzüglich durchgeführte Gegen-  
angriffe, aber auf beiden Stellen machen die Japaner Um-  
gehungen bei gleichzeitiger Festhaltung der russischen Front.  
In ungemein zähem Nahkampf zwingen sie die Russen zum  
Rückzug in der Richtung auf Pianjang.

Diese Zurückziehung der Ostfront zwingt im Verein mit dem  
Druck der nachrückenden Armee Rodzjus den General Alexejew,  
Haischeng aufzugeben, und nimmereit Kuropatkins Ver-  
teidigungslinie gebrochen. Der Rückzug auf Pianjang  
gestaltete sich, wie der Telegraph sagt, gestern bereits flucht-  
artig. Die Stimmung der russischen Armee ist deprimiert  
und resigniert; General Kuropatkin ist verschloßener denn je, und neue  
Komplikationen sind wahrscheinlich, da der Vicelönig Alexejew  
seine Ankunft in Pianjang anmeldete.

Inzwischen ist die japanische Garnierungsbatterie folgendermaßen  
aufmarschiert. Zwei Divisionen Kuropatkins stehen nordöstlich von  
Pianjang in der Nähe der Eisenbahnlinie bei Penschu,  
die drei übrigen Divisionen Kuropatkins stehen südöstlich von Pian-  
jang bei Anping, die drei Divisionen Rodzjus sind südlich von  
Pianjang im Amnarsch und haben Haischeng bereits im Rücken.  
Die drei Divisionen Otsus marschieren westlich der Eisenbahn-  
linie Kuutschwang-Pianjang und haben augenblicklich ungefähr die  
Höhe von Haischeng erreicht. Diese elf japanischen Divisionen  
haben zusammen 220 000 bis 250 000 Mann. Die militärischen  
Kreise in London, ebenso die heutigen Morgenblätter erklären eine  
Katastrophe der russischen Armee nunmehr für unabwehrbar,  
da durch das Erscheinen zweier japanischer Divisionen in Penschu  
die Einkesselung der Armee Kuropatkins so gut  
wie vollendet ist.

Ueber die augenblickliche Lage bei Pianjang liegen noch  
folgende Nachrichten vor:

Pianjang, 2. August, 3 Uhr 30 Minuten morgens. (Meldung  
der „Agence Havas“.) Ihren Vormarsch nach der Schlacht  
bei Taischitschiao fortsetzend, befehleten die Japaner  
Zählung mit allen russischen Streitkräften, die eine Linie  
parallel zur Eisenbahn bildeten. Zunächst schien die feste  
Absicht zu bestehen, mit dem bisherigen Zurückgehen ein Ende  
zu machen; noch gestern vollendete das Ingenieurstab in  
aller Eile eine Pontonbrücke über den Fluß bei Haischeng;  
aber da die russischen Truppen an Zahl schwächer waren, mußte ihr  
linker Flügel in der Gegend von Simutsheng vor einer Umgehung-  
bewegung von drei Divisionen des Feindes zurückweichen, da sie die  
Armee von ihren Verbindungen abzuschneiden drohte. Der Rück-  
zug wurde also beschlossen; er fing gestern abend an und  
dauerte den ganzen Tag in guter Ordnung an. Die Armee, durch  
ihre Nachhut stark geschwächt, zieht sich langsam nach Norden  
zurück, wo sie wieder eine Stellung einnehmen wird. Dieses  
Zurückweichen ist ein neuer Beweis dafür, wie unangebracht es  
wäre, im jetzigen Moment die Offensive zu ergreifen, wo die schlechten  
Stellungen naturgemäß fortwährend in Gefahr sind, umgangen zu  
werden und wo die russischen Truppen an Zahl die  
schwächeren sind. Andererseits aber werden die russischen  
Truppen in Spannung gehalten, von denen ein Teil un-  
unterbrochen seit Turentsheng mit dem Feinde in Zählung ist.

Petersburg, 3. August. Der „Russischen Telegraphen-Agentur“  
wird aus Mukden von gestern gemeldet: Hier erhält sich hartnäckig  
das Gerücht, daß auf der ganzen Linie der russischen Stellung (schon  
den dritten Tag gekämpft wird. Ueber die Verluste sind Nachrichten  
von zuverlässiger Seite noch nicht eingegangen.  
Admiral Alexejew ist heute von Chharbin nach Mukden  
abgereist.

Tokio, 4. August. Amtliche Mitteilung. General Otsu  
berichtet, daß der Feind sich seit dem 2. August fortgesetzt in nörd-  
licher Richtung zurückzieht. Am 3. August besetzte unsere Armee  
Haischeng und Kuutschwang, 30 Meilen nordöstlich des  
offenen Passes gleichen Namens.

## Port Arthur

scheint bereits sehr bedrängt zu sein. Sicher haben schwere Kämpfe  
stattgefunden, die offenbar für die Japaner erfolgreich geendet haben.

Dem „Tag“ wird von einem Special-Berichterstatter gemeldet:  
Tschifu, 3. August. Der endgültige Angriff auf Port Arthur  
steht unmittelbar bevor. Soeben sind hier 200 Zivilisten, Männer,  
Weiber, Kinder, angekommen, welche am 1. August den Befehl er-  
halten hatten, Port Arthur sofort zu verlassen. Sie berichten von  
einer schweren Schlacht am 1. August, bei der die Verluste auf  
seite der Japaner 15 000, auf seite der Russen 5000 Mann be-  
trugen. Die Japaner rückten dann vor und nahmen zwei Forts  
auf der Landseite ein. Nunmehr werden die Geschütze hinweg-  
geschleppt, um die letzte Attade vorzubereiten, die heute Nacht  
erwartet wird. Ein norwegischer Dampfer kam mit  
1000 Flüchtlingen hier an, welche mit Erlaubnis  
der russischen und japanischen Kommandos Port  
Arthur verlassen hatten, damit die unschuldigen  
den Schrecken des Sturmes entzogen werden. Im  
Augenblick hört man heftigen Kanonendonner von Port Arthur  
herüberdröhnen.

Eine weitere Meldung lautet:  
London, 4. August. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus  
Tschifu: Der von Kuutschwang kommende Dampfer  
„Futschau“ nahm in der Nähe von Tschifu 7 Männer,

4 Frauen und 1 Knaben aus einer Dschunke an Bord, die am 2. August Port Arthur verlassen haben. Die Flüchtlinge berichten, daß ein blutiger Kampf am Volkshügel nördlich von Port Arthur stattgefunden habe. Die Japaner seien von diesem Hügel zurückgeworfen worden. Acht Eisenbahnschienen wurden in die Stadt gebracht. Die Zahl derselben sei so groß, daß Transportmittel aller Art benutzt werden müssen. Die Flüchtlinge bestätigen, daß die Heftigkeit des Kampfes in der Nacht vom 28. Juli nachgelassen hätte, doch dauere der Kampf noch fort. Die russische Flotte, welche augenscheinlich von einer Erkundigungsfahrt zurückgekehrt sei, habe die vorrückenden Japaner beschossen. In Tschifu eingetroffene Chinesen erklären, die Japaner hätten bereits zwei Forts an der Ostküste, deren Befestigung zu schwach gewesen sei, genommen, hätten sie aber aufgeben müssen, als die Japaner aus den übrigen Stellungen zurückgeworfen wurden.

Die japanischen Verluste sind zweifellos enorm übertrieben. Unter 15 000 Thun's die Chinesen nur einmal nicht. Sollten die Russen 5000 Mann verloren haben, so müßte das die Verteidigung der Stadt schwer erschüttert haben!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. August.

### Die reaktionären Umtriebe.

Konservative und nationalliberale Blätter überbieten sich, den „Vorwärts“ für kundschaftsfrank zu halten, weil er das „Sommermärchen“, die „tolle Phantasie“ der reaktionären Zettelungen gegen das Wahlrecht aufgebracht habe. Wir überlassen die Redaktionen dieser Blätter mit Vergnügen dem Spiel, hinter erzwungene Scherze ihre Unkenntnis von Vorgängen zu verdecken, die ihre eignen Parteien betreffen. Die „National-Zeitung“ freilich sollte sich, ehe sie das „Dunsttags-Komplot“ des „Vorwärts“ belacht, von dem ihr parteipolitisch so nahestehenden „Hamburgischen Correspondenten“ einige Belehrung erbitten.

Auch der Berliner Diplomat der „Frankf. Ztg.“ beharrt im Unglauben. Wie sollte er auch eine Aufdeckung interner Parteivorgänge anerkennen, die andre vor ihm besorgt? Als wesentlicher Grund gegen die Glaubhaftigkeit unserer Mitteilungen wird in der „Frankfurter Zeitung“ angegeben: „Man braucht den Plan sich nur anzusehen, um zu wissen, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen und überhaupt auf a b s e h b a r e Zeit undurchführbar ist.“ Wenige Monate vor dem 12. Dezember 1902 hat man die Gewaltstreiche des Kardorff-Bundes ebenso für unmöglich gehalten!

Wir haben eine unausweichbare Pflicht erfüllt, von den Meldungen, die zuverlässig sind, erreichten, der Öffentlichkeit volle Kenntnis zu geben. Und unsre Meldungen haben von verschiedenen andern Seiten volle Bestätigung erfahren. Insbesondere der „Hamburgische Correspondent“, der bereits vor einigen Tagen unsre Nachricht bekräftigte, wiederholt heute diese Bekräftigung mit allem Nachdruck. Und dieses Blatt ist sicherlich vollwertig unter seinen bürgerlichen Brüdern. Es schreibt in seiner Mittwochskummer:

„Seine (des „Vorwärts“) Mitteilungen decken sich hier im großen und ganzen mit Angaben, die auch uns geworden sind und zwar unter Umständen, die es schwer machen, an ihrer Glaubwürdigkeit zu zweifeln. In Besprechungen konservativer und freikonservativer Führer soll die Idee eines Ausgleichs zwischen den beiden Wahlsystemen gereift sein; Herr Spahn habe zwar nicht mitmachen wollen, sich aber nicht principieell gegen den Plan erklärt, für dessen Verwirklichung es nur auf den rechten Moment ankomme; die Nationalliberalen seien allerdings nicht offiziell in Kenntnis gesetzt, doch wählten einige hervorragende Fraktionsmitglieder um das Vorhaben und man hoffe, sie zur entschlossenen That am gegebenen Zeitpunkt bereit zu finden. Kurzum, die Volkstimmlichkeit solle sich aufs neue konstituieren.“

Gut unterrichtet erscheint jetzt gleichfalls die „Hilfe“, welche ausführt:

„Die Vorbereitungen müssen schon sehr weit gediehen sein, wenn die Angelegenheit bereits jetzt so groß ist, daß man das Zusammenbrechen des Reichstages beschleunigen will. Diese unziemliche Angelegenheit erweckt den Verdacht, daß es den Wahlrechtsverschlechtern jetzt in der Sommerhitze gelungen ist, die Centrumsführer für ihre Pläne zu gewinnen und daß sie dieses Eisen schmieden wollen, solange es heiß ist. Fürs erste freilich stellt sich die „Germania“ als wisse sie nichts von der Sache. Es kann ja auch sein, daß ihre Redaktion wirklich noch im Stände der Unschuld ist. Der „Vorwärts“ rät ihr, sie solle Herrn Spahn fragen; der werde es schon wissen. Er wird es wissen, wenn er es nicht für taktisch richtiger hält, so lange alle konservativen Anfragen zu verweigern, bis sein Zeitpunkt gekommen ist.“

Auch das „Berliner Tageblatt“ hat den Eindruck gewonnen, daß wir gut unterrichtet waren, als wir jene Meldung zuerst veröffentlichten. Es hatte zunächst geschwiegen, nimmt nun aber die Angelegenheit auf:

„Daher wäre es eine übel angebrachte Taktik, wollte man sich gänzlich allen jenen Mitteilungen verschließen, die von Zeit zu Zeit über die Gefahren in die Öffentlichkeit gelangen, welche dem Reichstags-Wahlrecht drohen. Der „Vorwärts“ will nämlich in Erfahrung gebracht haben, daß die maßgebenden Führer in den reaktionären Lagern nicht etwa auf eine plumpe Vereitelung des Reichswahlrechtes zielen, sondern auf eine Art von „Reform“ desselben. Die Herren planen nämlich, wie das Blatt mitteilt, so etwas wie die Verstellung einer Mittellinie zwischen Reichs- und Landtags-Wahlrecht. Vom Reichswahlrecht soll etwas abgezweigt und dafür soll dem Landtags-Wahlrecht etwas zugelegt werden! Das Ding ist so überflüssig ausgedacht, daß es dem Spürsinn eines Grafen Kanitz Ehre machen würde. Hier ist ein wenig Auserbrot für die Landtagswähler und zugleich eine ordentliche Peitsche für die deutschen Reichstagswähler! Diesen Treibereien soll man preussischerseits alle Förderung angeheben lassen. Wir sind weit davon entfernt, an die Ausfühbarkeit derartiger Absichten zu glauben. Der Sturm, der darüber sich im Reiche erhebe, würde stark genug sein, um selbst den geschmeidigsten Reichskanzler zu entwirren. Allein, man soll trotzdem seine Augen offen halten, damit keine Bewegung im feindlichen Lager entgehe. „Toujours en vedette!“ Immer auf dem Posten! war bekanntlich ein oberster Grundsatz Friedrichs des Großen. Dieser Satz hat nicht bloß seine Gültigkeit im Kampfe gegen den äußeren Feind, sondern auch — und zwar ganz besonders — gegen den inneren Feind, der stets im Verborgenen heimlichst seine Ränke gegen unsre wahrlich lang genug bemessene politische Freiheit schmiedet.“

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Centrumpresse. Die „Märkische Volksztg.“ und die „Königliche Volksztg.“ versichern, daß sie von den Plänen nichts wissen, und fügen in klarer und scharfer Formulierung hinzu, daß das Centrum keinesfalls für die Verschlechterung des Reichstags-Wahlrechtes zu haben sein werde, und zwar sei das ganze Centrum hierin einig. So erfreulich diese Selbstnisse sind, so vertreten doch gerade diese beiden Blätter den linken Flügel des Centrums. Die partei- und rations-offiziöse „Germania“ dagegen verhält sich seit der ersten kurzen Bemerkung, die wir besprochen

haben, völlig schweigend und teilt nicht mit, warum es ihr noch immer nicht gelungen ist, von ihrem Führer Dr. Spahn Auskunft zu erreichen. Nach den erneuten eindringlichen Hinweisen des „Hamburgischen Correspondenten“ auf die Rolle, die Dr. Spahn in jenen Verhandlungen gespielt hat, wird er jedoch einer Aufklärung nicht auf die Dauer anzuhängen vermögen!

Schließlich ist zu verzeichnen, daß der konservative „Reichsbote“ sich wiederum ausdrücklich zu den Plänen gegen das Reichstags-Wahlrecht bekennt. Er bezeichnet die von uns dargelegten Absichten der Reaktion als „geringe Abänderungen“ des Wahlrechtes! —

### Eine neue Kirchenbau-Kera

Wünscht heutzutage der Kirchenrundschaauer der „Kreuz-Ztg.“ Dieses Organ der hochkonservativen Frömmigkeit ist der Kirchhede stets aus dem Wege gegangen. Auch der Kirchenrundschaauer verbeugt sich vor der Majestät Kirchhede durch Angriffe auf die Presse, die ihre Pflicht besser gethan hat als die „Kreuz-Ztg.“ Dann aber erzählt er klagend vom schweren Schaden, den die Kirche genommen, und wie er gebessert werden solle:

„Rein, uns handelt es sich lediglich um das, was die Kirche dabei verloren hat, weiterhin einbüßt und zu ihrer Rechtfertigung thun muß. Denn die Kirche ist der geschädigte Teil, und zwar geschädigt auch durch die Methode, in der ihr, gewiß in bester Absicht, gedient ist. Daß dabei äußere Erfolge erzielt sind, soll nicht verschwiegen werden; daß eine Kera sie nicht nur tolerierte, sondern sich ihr Charakteristischem von ihr auftragen ließ, darf auch nicht übersehen werden. Vor allem, daß Thatendrang und Opfertreue zur Ueberwindung jener schrecklichen Wätere, da stupide Gleichgültigkeit und impotente Wünsche sich gegenseitig kränzte machten, ohne eine Gemeinde zu gründen, auf den Plan treten, muß immer wieder zum Dank anregen. Und endlich, was sind Ausschüsse und Vorstände und Konferenzen und Generalversammlungen in der Welt! Sieht es eine Schuld, so giebt es auch eine Wirtshaus, und bestände sie nur im Kopfnicken. Die Kirche hat zu der Art, Geld für evangelische Zwecke zu beschaffen, die jetzt als ganz „unangelisch“ stigmatisiert wird, geschwiegen, hat sich die Gottes-, die Pfarr-, die Gemeindegeldhauer davon lassen, sie geweiht und sich ihrer getraut. Wohl mag es manche gegeben haben, die meistens zwar leise im vertraulichen Gespräch über diese Art klagten. Warum haben sie es nicht laut hinausgesprochen in die öffentliche Welt? Scheuten sie den Freiherrn v. Kirchbach, dem freilich „Kritik“ nicht annehmbar war? Und was muß er sich nun sagen lassen! ... Man braucht darum den Bau von Kirchen noch nicht zu unterlassen. Für ihre Notwendigkeit und ihre Schönheit hat uns Freiherr v. Kirchbach den Sinn geweckt, nun mögen die Berliner zeigen, daß sie es besser verstehen und machen als er. Und wenn das Reichsgericht die aus der Konfessionsordnung von 1873 hergeleiteten Ansprüche an die Stadt Berlin in zwei Fällen zurückgewiesen hat, dann ist's Zeit, die eigene Kraft zu prüfen, thut's not, die Kirchensteuern zu erhöhen und vor allem auch ohne Rücksicht auf Titel und Orden in ganz anderer Höhe als bisher freiwillige Spenden als nobilitätum (edle Pflicht) zu betrachten. Das gäbe eine schöne neue Kera.“

Diese Ausführung in der „Kreuz-Zeitung“ begegnet sich in ihrem wesentlichen Kern mit der — von uns stets vertretenen Auffassung!

Gerade wir haben stets erklärt: So groß die Schuld Kirchbachs ist, indem er das System der Finanzkirchlichkeit durch seinen großen Einfluß erst recht einleitete und großzog, so steht doch hinter der Schuld des Einzelnen die weit größere Kollektivschuld. Alle Klerei und alle Frommen haben das Treiben gesehen und mitgemacht. Alle wußten, wie die Kirchen entstanden sind! Alle sahen, daß die Kirchen der Heillichen Demut auf dem Rammon der unchristlichsten Ausbeutung sich aufbauten. Kirche und Religion wurde das schändlichste Spekulationsobjekt der kleinsten Eitelkeit und des skrupellosen Geschäftemachens. Das System gipfelte nur in der Bommersünde, welche dem Kirchenbau zusetz, um die Hofbankfirma zu betrügerischen Absichten zu erwerben. Das System ist so alt wie der Bund der Kirche mit dem Kapital.

Der Kirchenrundschaauer deutet auf eine „neue Kera“, er hofft auf freigelegten Kirchenbau, ohne Titel und Ordensentgelt. Vortrefflich! Die Socialdemokratie, die von der „Kreuz-Zeitung“ vielverhörte Feindin der Kirche, hat stets diese Kera gefordert. Aber ach — wenn nur diejenigen zum Kirchenbau spenden, welche keinerlei weltliche Absicht leitet, und wenn die Kirche auch die kapitalistischen Erwerber ungerathen Gutes anschließt von ihrer Gemeinschaft, dann ist eine neue Kera gekommen; wie viele Kirchen aber werden noch erbaut werden?! —

### Zum Streit um die Herero

nimmt der vielgenannte Missionar J. I. Jochen in der „Christlichen Welt“ noch einmal das Wort. Es ist derselbe, der seiner Zeit im „Reichsboten“ auf Grund eines 34-jährigen südwestafrikanischen Aufenthalt seine überraschenden Urteile fällte. Wegen sie hatte ein ganz junger Mensch, ein Piarer Anz in Windhuk Front gemacht, und diesen entwidert Jochen nunmehr, kurz, blüdig, klar, wenn auch in der Form verächtlich. Von ganz besonderem Interesse ist die Aufzählung der Ursachen, die nach seiner Meinung zum Aufstand führten. Die hauptsächlichste ist die Ernennung Samuel Mahereros zum Oberhäuptling durch die deutsche Regierung 1890. „Dabei war das Erbecht der Herero außer Acht gelassen worden. Denn nach diesem hätte Nkodemus oder Tjetjoo eintreten müssen. Seitdem nannten die großen heidnischen Häuptlinge Samuel Maherero nie anders als das Kind, das zum Herrn des Hererolandes gemacht sei. ... Sie sagten zu ihm: Du bist der Oberherr des ganzen Landes, wir aber sind die Erben des heiligen Jeners, der Frauen und der Herden Deines Vaters. Er erwiderte: Gut so, gebt Ihr mir die Herden nicht, so thue ich als Eigentümer des Landes, was ich will; ich habe keine Herdeneinnahmen, wie mein Vater sie hatte, und verkaufe deshalb das Land, an wen ich will; denn Geld muß ich haben. Das brauchte er nämlich zur Bezahlung seiner Schulden für Alkohol. ... Durch solche Reden und Thaten (er verbot auch bei Strafe, Gärten anzulegen und Weizen zu säen!) wurde bitter daß nicht nur gegen Samuel in die Herzen der Leute gesät, sondern auch gegen die Käufer des Landes. Samuel selbst war schließlich seines Lebens nicht mehr sicher. ... Schließlich mußte er etwas thun, um sich vor seinen eigenen Leuten zu retten, und so gab er den unheilvollen Aufbruch zum Aufstand gegen die Deutschen, denen er selbst das Land verkauft hatte, und die sich nun, gestützt auf ihr Eigentumsrecht, als die alleinigen Herren der Hereroplätze gebärdeten.“

Das ist nach Jochen der Hauptanlaß zum Aufstand. Man sieht, auch dann, wenn er recht hat, fällt die Schuld daran auf ganz andre Leute als die Hereros selber.

In diesem Zusammenhang bestreitet Jochen abermals auf das energischste die Anschauung, die nach Pastor Anz wie ein „Dogma“ geäußert hatte, als ob dieser Krieg unter allen Umständen hätte kommen müssen. Jochen sagt darüber wörtlich:

„Die Hereros waren auf dem guten Wege, sich an die deutsche Herrschaft zu gewöhnen. Die Kinder pflegten sie Kaiser's Geburtstag mitzuseiern und ihre Lehmschneidhäuser und ihre Panzer mit deutschen Flaggen zu schmücken. Aus voller Redie riefen sie dann, Jung und Alt: Oete ovadetschi — wir sind Deutsche! Daß bei anderer Gelegenheit sie auch wieder einer andern Stimmung Ausdruck geben konnten dadurch, daß sie die Deutschen, aber auch Eng-

länder, ovirumbu, gelbe Dinger, oder ovatua (Mehrzahl von omutua) nannten, soll nicht in Abrede gestellt werden. Das Wort mutua bedeutet nicht Sklave in unserm Sinn, sondern einen nicht zum Hererosvolk gehörigen Fremdling und wird nicht allgemein von jedem Deutschen gebraucht. Sie waren eben wie ungezogene Kinder von ihrer jeweiligen Gemüthsstimmung abhängig. Wenn wir Deutsche vorgesetzt durch Freundschaft und Selbstbeherrschung ihnen Vorbilder gewesen wären, so hätte das Finstere und Verschlagene in ihrem Charakter überwunden und ihre guten Anlagen, an denen es nicht fehlt, erfreulich entwickelt werden können. Die Hereros selbst freuten sich, daß durch das deutsche Regiment die frühere Gewaltthätigkeit und Herrschsucht ihrer heidnischen Häuptlinge beschränkt wurde. Sie sprachen es aus, daß sie unter deutscher Herrschaft besser leben könnten als unter ihren Häuptlingen. Ich kann nicht alle solche Aeußerungen für Heuchelei hinhängen.“

Aber, und hiermit kommt er auf die zweite, von ihm schon früher hervorgehobene Hauptursache zum Aufstand, die Deutschen verhielten sich nichts weniger als erzieherisch, als vorbildlich, als billig, gerecht und menschlich gegen sie: „Daß auf unserer Seite in erschreckendem Maße Zucht und Würde fehlte, giebt eine koloniale Zeitschrift ruhig zu. Daß einzelne Weiße die Eingeborenen mit Latzen und Stöcken behandelten, habe ich als Titat der „Südwesafrikanischen Zeitung“ entnommen. ... Was die Jugend der Hereros betrifft, so habe ich es oft tief bedauert, daß sie unter gewissem deutschen Einfluß noch mehr verrohte. ... Und die Verschuldigungen, die auf Piarer Anz gegen die Mehrzahl der Weißen in ihrem Verkehr mit eingeborenen Frauen erhebt, gehen inhaltlich noch viel weiter, als ich selbst anzudeuten wagte.“

Eine weitere Ursache zum Aufstand war die Verschiebung der ursprünglichen Grenzen im Norden und Osten des Hererosgebietes infolge der Landabtretung an Gesellschaften. Dadurch wurde das Volk weiter gereizt.

Eine „starke Veranlassung zum Aufstand bildeten ferner die letzten Referatverhandlungen in Okahandja, September 1903.“

„Auch die Rechtsbegriffe, die unser Volk in das Schutzgebiet hinaustrug, waren dort unverständlich; die Gesetzesbestimmungen zum Teil ungeeignet; die Verträge des Gouvernements (man denke unter andern an die treffliche Verordnung über Rechtsstreitigkeiten vom 1. Januar 1899), einen Rechtszustand herbeizuführen der den Verhältnissen einigermaßen entsprach, mißlungen. Von dem „billigen Ermeßen“, das durch das Bürgerliche Gesetzbuch bei der Beurteilung von Schuldverhältnissen empfohlen wird, war bei manchen ausführenden Stellen wenig zu spüren. Und doch muß die „Billigkeit“ im Verkehr mit einem ungebildeten Volke noch eine ganz andere Rolle spielen als in der Heimat! Aber mit wenigen Ausnahmen dachte man überhaupt nicht an die Zukunft der Eingeborenen und die ihnen gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Das eigene Interesse stand überall im Vordergrund. In möglichst kurzer Zeit und mit möglichst wenigen Mitteln sollten um jeden Preis wirtschaftliche Früchte erntung werden. Für die Schutztruppe und für die Verkehrsmittel schenkte man vor großen Aufwendungen zurück. Das Zustromen ungeeigneter Elemente wurde nicht verhindert. Nun ist die böse Folge da.“

Mit diesen Worten lenkt Jochen schließlich auf „den schwierigsten Punkt der Kolonialfrage“ hin, bei dem er übrigens ganz einer Meinung mit seinem Widerpart Anz ist, dessen Worte er hierbei zu den seinigen macht:

„Die Deutschen sind ins Land gekommen als Freunde und Beschützer, während doch ihre Meinung immer nur sein konnte und auch gewesen ist, daß sie die Hereros hier seien. Darin liegt eine Unethik der großen Politik, die sich nun bitter rächt.“

Wir können ruhig sagen, daß mit den vorstehenden, sehr besonnenen Ausführungen die Alten über die Schuld am Hererosaufstand endgültig geschlossen sind. Die Socialdemokratie hat in ihrem Urteil darüber von Anfang an recht behalten.

## Deutsches Reich.

**Flotten-Agitation.** Die auffällige Nachsicht, mit der die deutsche Regierung das Vorgehen der Kreuzer der russischen Freiwilligen Flotte gegen deutsche Post- und Passfahrtschiffe im Roten Meer behandelt hat, bietet einer Reihe Anis- und Kreisblätter Anlaß, von einer Ohnmacht Deutschlands zur See zu sprechen und den schnellsten Ausbau „unserer Schlachtflotte“ zu fordern. Nach Ansicht dieser Blätter ist an der zärtlichen Nachsicht, mit der die deutsche Regierung sich die frechen Uebergriffe des russischen Nachbarn gefallen ließ, nämlich nicht die Schwäche der deutschen Diplomatie schuld, auch nicht die Sympathie gewisser sog. maßgebender Kreise mit dem in Ausland herrschenden abolutistischen System oder das Bestreben, à tout prix sich die schöne Zuneigung des „einzigsten Freundes“ zu erhalten, sondern lediglich die Unzulänglichkeit der deutschen Flotte, die für den Dienst in jenen Gegenden kein Kriegsschiff übrig hat.

Die neuesten Vorgänge im Roten Meer, heißt es z. B. in jenen Auslassungen, sind ein drohender Beleg für unsere augenblickliche Hilflosigkeit zur See, selbst gegenüber dem „kleinen See-raube“ — so nennen es englische Blätter und Parlamentarier — welchen sich die russische Freiwilligen Flotte gegen deutsche Handelschiffe erlauben darf. Während in Deutschland diplomatisch mit Koton und in der Presse mit durchwegs gerechtfertigter Entrüstung gearbeitet wird, schickt England Kriegsschiffe an Ort und Stelle. Diese Kriegsschiffe sollen bis auf weiteres die englischen Handelschiffe durch das Rote Meer geleiten. Ferner werden englische Kriegsschiffe dafür sorgen, das Auslaufen von Schiffen der russischen Freiwilligen Flotte aus dem Schwarzen Meere gegebenenfalls mit Gewalt zu verhindern. In Deutschland dagegen kann man gar nicht handeln, selbst wenn noch Salimerees unter Flagge widerfahren sollte, weil auf dem ganzen weiten Wege von zehn tausend Seemeilen, der sich zwischen Wilhelmshaven via Gibraltar, Suez, Hongkong erstreckt und der eine der beschaffensten Weltwasserstraßen darstellt, nicht ein einziges deutsches Kriegsschiff verfügbar ist. Allerdings abgegeben von der Lorelei, die in Konstantinopel ein friedliches Datum führt. Ein wirkliches Kriegsschiff kann man aber die Lorelei beim besten Willen nicht nennen.

Die deutsche Kriegsschiffe besticht zur Zeit aus 164 Kriegsschiffen (ohne die im Bau befindlichen), von denen sich augenblicklich 141 in europäischen Gewässern aufhalten. Aber abkömmlich ist von diesen, wie jene Blätter vorgeben, kein einziges, denn ein Teil dieser Flotte wird durch Besuche in Plymouth und Blifingen zc. in Anspruch genommen, und ein anderer Teil muß Honneurs bei der Nordlandreise machen — also bleibt logischerweise nichts anders übrig, als schamlos noch so einige Duzend Linien-schiffe, Kreuzer und Kanonenboote hinzuzubauen. —

**Willkommen!** Berlin soll vom 1. Oktober ab wieder durch ein Stöderianisches Blatt beglückt werden. Seit das „Volk“ nach Siegen verlegt wurde, entbehrt Berlin schwer der täglichen christlich-socialen Darbietung. „Das Reich“ soll das neue Blatt sich nennen und als seine Tendenz wird angeklagt:

„Es kommt vor allem darauf an, den „Vorwärts“ und die Socialdemokratie gründlich zu widerlegen.“

Also endlich werden wir der gründlichen Widerlegung teilhaftig werden. Zwar widerlegen schon täglich einige Duzend konservativer, liberaler, evangelischer, katholischer, scharfmacherischer, socialreformnerischer Zeitungen und uns herum, — aber nun wird es ganz gründlich gechehen. Willkommen!

„Post“-Abel von Stufe zu Stufe. Herr Abel setzt die Reihe seiner politischen Kriminalromane in der „Post“ weiter fort. Fährte er jüngst die erschauernde Köchinnen-Phantasie seiner Leser in „Die Säule des Verbrechens“, so überschreibt er das neueste Kapitel seiner Konfusionen nicht minder schön: „Von Stufe zu Stufe“. Von Stufe zu Stufe fülle die Widerstandskraft des Staates gegenüber der von der Socialdemokratie drohenden revolutionären Gefahr. Wie groß diese ist, kann nur der ermessen, der die Kellergeheimnisse der Unstärker erforscht hat und des furchtbaren Bundes geheime Satzungen kennt:

Ihre ganze Organisation mit den verschiedenen Stufen des Agitationshöheren und niederen Grades ist nach militärischem Muster gegliedert. Die „Genossen“ avancieren ganz allmählich nach Maßgabe der „Dienstjahre“ und nach den Leistungen. Dabei herrscht das Prinzip, daß jeder Rekrut den Marschallstab im Tornister trägt, d. h. jeder „Genosse“ hat die Möglichkeit, allmählich bis zur Höhe eines Reichstagsmitglieds emporzuklimmen — vorausgesetzt, daß er das Zeug dazu oder die nötige Protektion hat. Letztere spielt unter den „Genossen“ nämlich keine geringe Rolle. Diese Hoffnung, einmal Reichstagsmitglied werden zu können, wirkt als mächtiger Sporn für den jungen „Genossen“ vom ersten Tage seiner Werbung für die Partei an. Daß von Tausenden in Wirklichkeit nur einmal einer so weit kommt, thut nichts zur Sache, die Hoffnung haben alle, wenigstens alle strebsamen Elemente, die jung und mit großen Illusionen unter das rote Banner treten, und diese Hoffnung thut ihre Schuldigkeit.

Das wahre Wesen der Socialdemokratie besteht also in dem Wunsche der Socialdemokraten, Reichstags-Abgeordnete zu werden. Und dazu der fürchterliche Geheimbund?

Doch Herr Abel, der von Kellerrufe zu Kellerrufe in die dunkelsten Geheimnisse der Partei eindringt, muß es wissen! —

Die Kretschman-Briefe. In dem bekannten Prozeß gegen die „Vollzeitung“ in Mainz wegen Veröffentlichung der Kriegsbriefe des Generals Kretschman ist nunmehr Termin auf den 26. September vor der Strafkammer angesetzt worden. Die Staatsanwaltschaft selbst hatte kurz vor dem früheren Termin die Abfertigung der Verhandlung gewünscht und hatte bei den ehemaligen Offizieren, welche die Klage erhoben haben, die Herbeiführung eines Ausgleiches anregert. Die Angelegenheit steht nämlich so, daß die Behauptungen, welche General v. Kretschman über Plünderungen in dem französischen Orte Sens im Jahre 1870 mitgeteilt hat und welche die „Vollzeitung“ wiedergab, zwar nicht auf den heftigsten Truppenteil treffen, den der General irrtümlicherweise angab, wohl aber auf einen andern Truppenteil. Die ehemaligen heftigsten Offiziere wünschen jedoch ihre Schuldlosigkeit an Plünderungen ausdrücklich vor Gericht festgestellt zu sehen. —

Zum Fall Mich. wird uns aus München noch berichtet: Nach dem Eintreten des Kriegsministers v. Mich. für das ungelegliche Duell, worüber schon der Telegraph berichtet hat, ereignete sich noch ein pilantischer Zwischenfall. Der in noch recht jugendlichem Alter stehende Reichsrat Graf v. Preysing nahm nämlich das Wort, um heftig gegen den Abg. Dr. Heim loszugehen, der den Erlaß nur durch die Pflichtverletzung eines Offiziers erhalten haben könne und sich selbst in einer Weise benommen habe, die eines Staatsbeamten unwürdig sei. Dr. Heim solle, wenn er sich nicht so benehmen wolle, wie es sich gehört, den Staatsdienst quittieren. Diese Ausfälle trugen dem Herrn Grafen eine sachlich ungemein scharfe Zurückweisung des Präsidenten ein, ein Vorgang, wie er in der Reichsratskammer noch nicht dagewesen sein dürfte. Außerdem tonfatierte der Referent zum Etat, Reichsrat General a. D. v. Haag, er wisse bestimmt, daß Dr. Heim den Erlaß nicht von einem Offizier erhalten habe.

Die Rede des Grafen Preysing gegen Dr. Heim ist deshalb bemerkenswert, weil sie die erste öffentliche Äußerung des Sohnes eines hochadeligen Vaters ist. Der im vorigen Jahre verstorbenen Graf Konrad v. Preysing war eine der festesten Stützen des Centrums, der er auch mit Geldmitteln immer reichlich unterstützte. Daß der junge Graf nun so gänzlich alle Rücksichten auf die Partei seines verstorbenen Vaters beiseite setzt, hat natürlich bei den Liberalen nicht geringe Schadenfreude hervorgerufen. —

Aus der Kaserne. Wegen Mißhandlung eines Rekruten standen dieser Tage 22 Soldaten des 39. Infanterie-Regiments vor dem Kriegsgericht in Krefeld. Ein Rekrut, der Stadtkaufmann war, kam etwas verspätet nach Hause und wurde von den älteren Mannschaften dafür in der unmenslichsten Weise mißhandelt. Mit Schellen und Knütteln haben sie den Kerker geschlagen, bis er kein Lebenszeichen mehr von sich gab; ein zweiter Rekrut, dem auch Schläge zugebracht waren, hatte sich unter dem Veit versteckt und entging so den Brutalitäten. Der Mißhandelte wurde in derselben Nacht zum Lazarett gebracht, in welchem er sich noch befindet, und es ist keine Hoffnung vorhanden, daß der Unglückliche je wieder Dienst thun kann. Für diese gemeine Schandthat erhielten die Unmenschen 14 Tage bis 2 Monate Gefängnis; ein sehr mildes Urteil. Das Merkwürdige war, daß kein Vorgesetzter von der Mißhandlung etwas wußte, und doch hat der Mißhandelte derart laut um Hilfe geschrien, daß Passanten auf der Straße es gehört haben. —

Vom Kommando des Expeditionskorps in Südwestafrika wird gemeldet: Lieutenant der Reserve Dauben 21. Juli Lazarett Grootfontein Typhus gestorben, früher Feldartillerie-Regiment 1. Gefreiter Ernst Parquardt, geb. 26. Oktober 1884 in Linde, Kreis Platen, früher vierter Batterie Feldartillerie-Regiments 17, am 21. Juli bei Ueberfall der Poststation bei Otjurutjondjon gefallen. Reiter Gustav Strumpf, geboren in Bremen, früher Pionier-Bataillon Nr. 3 in Spandau, am 26. Juli in Otjofondou an Typhus gestorben.

## Ausland.

### Plehwes Nachfolger.

In Petersburg verläutelt bestimmt, daß der Justizminister Murawjew an Stelle Plehwes Minister des Innern werden soll. Aber losgelöst von den sonstigen Befugnissen dieses Ministeriums soll ein besonderer Chef der Gendarmerie ernannt werden und für diesen Posten ist General Kleigels bestimmt.

Diese Ernennungen deuten auf die Fortsetzung des Systems Plehwe. Murawjew und Kleigels sind die Kandidaten der Partei am Jarenhofe, welche durch die Ergreifung scharfster Gewaltmittel die immer wachsende revolutionäre Bewegung niederzuwerfen vermeint.

Murawjew ist ein Neffe des ehemaligen Generalgouverneurs von Ostfriesland, Grafen Murawjew-Amurskij, und ein Vetter des Unterdrückers des polnischen Aufstandes von 1803, des Grafen Murawjew-Wilenski, zählt zu den streng konservativen russischen Staatswürdenträgern. Seine eigentliche Laufbahn begann im Jahre 1880. Damals, nach Hartmanns Mordanschlag auf Alexander II. bei Moskau, galt es, einen Mann zu finden, welcher die Anklagen gegen die „Staatsverbrecher“ mit Energie vertreten könnte. Er ging 1880 nach Paris, um die Auslieferung Hartmanns zu erwirken. Aber den Höhepunkt seines Hasses gegen die russische Revolutionäre erreichte Murawjew als Staatsanwalt des Sondergerichts des dirigierenden Senats, welches im März 1881 eingesetzt wurde, um die Mörder Alexanders II. zu richten. Murawjew hielt die Anklagereden und es erfolgte die Hinrichtung der Angeklagten. Seitdem leitete Murawjew zahlreiche Untersuchungen gegen politische Vergehen und er wurde bald der verhasste Staatsanwalt. Im Jahre 1884 übersiedelte er nach Moskau, wo er die Leitung der Staatsanwaltschaft an der Moskauer Gerichtskammer übernahm. In dieser Eigenschaft arbeitete er sehr viele Instruktionen und Weisungen an die Polizei und die Gendarmerie aus, deren Geist unerkennbar reaktionär war. Ende 1891 wurde Murawjew Oberprokurator des Strafdepartements des Senats, um ein Jahr später zum Reichssekretär ernannt zu werden. Im Januar 1894 wurde er zum Justizminister ernannt. Während seiner zehnjährigen Verwaltung des Justizministeriums hat Murawjew die reaktionäre Politik des Ministeriums des Innern thätig unterstützt. Skijagin und Plehwe fanden bei ihm stets ein williges Ohr, während er alles that, um alle Prozesse der letzten Zeit, welche sociale Bedeutung hatten, hinter geschlossenen Thüren durchzuführen.

Aber noch mehr von symptomatischer Bedeutung für den neuen, alten Kurs ist die Ernennung des Generals Kleigels zum Chef der Gendarmerie, der politischen Polizei in Russland. General Kleigels ist in Russland von allen Ständen gehaßt. Im Jahre 1888 wurde er zum Oberpolizeimeister von Warschau ernannt. In dieser Stellung erwies er sich als der strengste Vorkämpfer der Russifizierungspolitik Gurlos und erwarb sich den Ruf eines skrupellosen Verwaltungsbeamten. Er wies Deutsche und Juden aus, er verfolgte die Andersgläubigen. 1895 wurde er zum Stadthauptmann von Petersburg ernannt. Auf diesem Posten entwickelte er eine beispiellose Energie bei der Verfolgung der sogenannten „Politischen“. Besonders scharf ging er bei der Unterdrückung der Studentenunruhen im Jahre 1901 vor. Vor der Kasankirche ließ er die Studenten und das schauende Publikum durch Kosaken anspreitzen und richtete ein Blutbad an. Vor ungefähr drei Monaten wurde Kleigels an Stelle Dragomirovs zum Generalgouverneur von Kiew ernannt.

Die Ernennung Murawjews und Kleigels bedeutet daher, daß die russische Regierung entschlossen ist, das System der Gewalt mit aller Macht fortzusetzen. Was Plehwe nicht zu leisten vermochte, werden seine Schülern nicht leisten. Auch der brutalste Aufwand der Gewaltmittel wird die russische Freiheitsbewegung nicht bezwingen. Diese Bewegung erstarkt von Tag zu Tag und wird alle Gewaltthätigkeit des Jaremski überwinden. —

## Frankreich.

### Die Pariser Gemeinderath wählt.

Paris, 3. August. (Eig. Ber.) Die knappe Mehrheit von 150 Stimmen, die im zweiten Wahlgang die linksradikal-nationalistische Liste in den Pariser Gemeinderath wiedergewählt hatte, war ein Werk des direkten Stimmenlaufes und des freiesten Unternehmerrades. Das ist jetzt eine gerichtlich bezw. amtlich festgestellte Thatsache.

Wegen des Stimmenkaufes wurden vor kurzem drei Agenten der alten Municipalität gerichtlich zu Gefängnisstrafen verurteilt. Auf die Beschwerde des „Comitees der weltlichen Aktion“, einer Vereinigung der ministeriellen Socialisten und der Radikalen, wurde sodann vom Präfecturat eine Enquete über die Stichwahl angeordnet. Die kontradictorische und desichtliche Verammlung der Wahlenquete fand vom 22. bis zum 25. Juli inklusive statt, wobei die Linksradikalen durch den Rechtsanwalt und ehemaligen socialistischen Abgeordneten René Riviani vertreten waren. Seitern hat der Präfecturat das offenkundige Ergebnis der Verweissung proklamiert, indem er die Stichwahl für null und nichtig erklärte.

Die Aufhebung der Wahl stützt sich im amtlichen Entscheid, neben der gerichtlichen Verurteilung der drei erwähnten Bestechungsagenten, auf folgende Gründe: Verschiedene Bankhäuser und die Gasgesellschaft haben ihre Angestellten durch Drohungen und Versprechungen für die reaktionäre Liste zu gewinnen gesucht. Besonders eifrig wurde der Unternehmerrud von der Gasgesellschaft betrieben, die wegen der nahenden Erneuerungsterm ihrer Monopols finanziell an dem reaktionären Wahlsieg interessiert war. Unter anderem hat sie ihrem Personal mit der Abschaffung der Alterspensionen gedroht für den Fall des Erfolges der socialistischen und radikalen Liste. Die Direktoren und Ingenieure der Gasgesellschaft hatten das in der Verweissung halb und halb selbst zugesprochen müssen.

Die gerichtlich fahbaren und die moralisch verdammenwerten Mäander der Reaktion waren mehr als hinreichend, um durch eine Verschiebung von einigen 70 Stimmen den wahren Willen der Wähler ins Gegenteil zu verkehren. Es ist also zu erwarten, daß in der bevorstehenden Neuwahl die große Hafenstadt der Reaktion, die sie seit 1902 beherrscht, entrisen wird.

## Russland.

Senator Schaumans Schicksal. Wie uns berichtet wird, ist der Vater Eugen Schaumans nach seiner Ankunft in Petersburg in das Peter-Paulsgefängnis für Staatsverbrecher geführt worden. —

## Afrika.

Tanger, 4. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Auf ein nicht armiertes Boot, das in der Nacht von einem französischen Kriegsschiffe zum Wasserholen entland war, wurden, als es sich in der Nähe des Ufers befand, von einer maroccanischen Wache Schüsse abgegeben. Die Schuldigen sind verhaftet worden. —

## Vor dem Warschauer Kriegsgericht.

Eine erschütternde Kunde dringt abermals aus dem Anstreich zu uns herüber: in dem Augenblick, wo unsere Leser diese Zeilen vor die Augen bekommen, ist wahrscheinlich vom Kriegsgericht in Warschau über zwei Socialdemokraten das Todesurteil gesprochen, und einer von diesen beiden Opfern der Jarenjustiz ist — der Genosse Martin Kasprzak aus Posen, ein Mitglied der deutschen Socialdemokratie!

Die Leser werden sich der von unsrem Platte seiner Zeit ausführlich berichteten Vorgänge in der socialdemokratischen Geheimdruckerei in Warschau am 27. April erinnern. Einige in dieser Druckerei zusammengekommene polnische Genossen wurden von der Polizei überfallen. Am hellen Tage, um 2 Uhr nachmittags umzingelte eine große Menge Gendarmen und Polizisten das Haus in der Dworskastraße und einige Polizeibeamte begaben sich in die Wohnung des Schuhmachers Pawlak im ersten Stock, wo sie die Geheimdruckerei vermuteten. Die überfallenen Socialdemokraten, unter denen sich ein junges Weib, die Frau des Schuhmachers, befand, leisteten, um sich und die Frau zu retten, verzweifelter Widerstand. Dabei wurden zwei Offiziere: der Stabskapitän Ordano wski und der Rittmeister Winnicki mit Revolverkugeln gleich auf der Stelle getödtet, während drei Polizisten: Pythin, Tarasiewicz und Bowski schwer verwundet wurden, wovon die zwei ersten auch bald darauf verstorben sind. Den Verfolgten gelang es inzwischen, sich bis auf den Hof zu retten, doch hier wurden sie von den unten wartenden Gendarmen überwältigt, gefesselt und unter furchtbaren Mißhandlungen — nach der Aussage der Einwohner des Hauses — ins Gefängnis abgeführt.

Nun stellt es sich heraus, daß derjenige, der zu seinem und der Genossen Schutze der eindringenden Horde bewaffneter Schergen von der Plehweschen Hermandad den verzweifeltsten Widerstand leistete, niemand anders war als Martin Kasprzak aus Posen. Zusammen mit ihm sind noch vier Personen: der Schuhmacher Pawlak mit Frau, der Polylehrer Ladislaus Feinstejn und der Ingenieur Benedikt Gurymann festgenommen worden. Die Verhafteten sind alsdann in zwei Partien gesondert worden, die in zwei verschiedenen gerichtlichen Verfahren abgeurteilt werden. Martin Kasprzak und der Ingenieur Gurymann wurden, als des bewaffneten Widerstandes beschuldigt, vor das Kriegsgericht gestellt, während sich die übrigen drei, denen man überhaupt nichts andres zur Last legen kann, als daß sie in der socialdemokratischen Geheimdruckerei amwesend waren, vor der höchsten Kammer des Civilgerichts in Warschau verantworten müssen.

Ueber den Verlauf der Prozesse schreibt man uns aus Warschau:

Warschau, den 2. August. Heute um 10 Uhr früh beginnt vor dem Kriegsgericht die Verhandlung in Sachen Wilhelm Christian Mayer und Martin Kasprzak so lautet die Anklageschrift: Kasprzak hielt sich in Warschau seit März auf Grund von Papieren auf, die auf den Namen W. Chr. Mayer ausgestellt waren und Ingenieur Benedikt Gurymann. Den Vorfall führt Generalleutnant Strelnikow. Die Sache war anfänglich dem Civilgericht übergeben und die Angeklagten sollten, obwohl „politische Verbrecher“, von diesem abgeurteilt werden. Allein der Generalgouverneur Tschertkow hatte dann die Jurisdiktion des Prozesses aus dem Civilgericht und die Uebergabe an das Kriegsgericht verfügt, was als reiner Racheakt betrachtet werden muß.

In den Kreisen der hiesigen Behörden herrscht nämlich seit dem Vorfall in der Druckerei und unter dem Eindruck der späteren Demonstrationen ein solcher Haß und Mordlust gegenüber der Socialdemokratie, daß sie nach einem Blutrurteil förmlich lechzen. So trägt denn auch die ganze Anklageschrift den ausdrücklichen Stempel eines Racheakts an der Stirn.

Sie beginnt mit der Darlegung, daß die „Dworska“ (die speciell in der letzten Zeit in Russland geschaffene politische Polizei) durch ihre Agenten angeknüpft hatte, daß sich in der Dworskastraße eine Druckerei der Socialdemokratie russisch-polen und Litauens befände, in der gerade Flugblätter für das Vielstolker Komitee der Partei hergestellt wurden. Man begab sich hin (folgt Namensaufzählung der betreffenden Beamten der „Dworska“) und begegnete einem bewaffneten Widerstand, bei dem Mayer und Kasprzak Revolverkugeln abgab. Die Heranziehung des Ingenieurs Gurymann zu dem Kriegsgericht beruht einzig und allein in dem Zeugnis des einzigen Ueberlebenden von den damals Verwundeten, des jetzt als Verhaftungszeuge fungierenden Schuhmachers Bowski. Dieser erzählt laut Anklage: Nach den von Kasprzak abgegebenen Revolverkugeln, durch die er, Bowski, selbst schwer verwundet wurde, hatte er Kasprzak gepackt und zu Boden geworfen, doch dann sei Gurymann dem Geworfenen zu Hilfe geeilt und habe ihn von dem Schuhmann befreit. Auf Grund dieser Aussage lediglich wird Gurymann als der Teilnehmer am bewaffneten Widerstand schuldig erklärt und die Anklage fordert für ihn, ebenso wie für Kasprzak, Todesstrafe!

Dem entgegen steht die Aussage beider Angeklagten. Kasprzak erklärt vom ersten Augenblick an und bleibt unerschütterlich dabei, daß er allein Widerstand geleistet habe und niemand mehr daran irgendwie beteiligt wäre. Der Ingenieur Gurymann erklärt gleichfalls, daß er gleich nach den ersten Schüssen über die gefallenen Polizisten hinweg nach dem Hofe lief, wo er festgenommen wurde. Er bekennt sich offen als überzeugter Socialdemokrat, der seit zwei Jahren in der Bewegung thätig war und seit 1/2 Jahr organisiertes Mitglied der Socialdemokratie russisch-polen und Litauens sei, erklärt, daß er, wie bisher, immer der Socialdemokratie alle seine Kräfte in den Dienst stellen und den Absolutismus bekämpfen werde. Die freimütige und edle Haltung Gurymanns angesichts des drohenden Todes macht sogar auf die Gendarmen und die Staatsanwaltschaft den tiefsten Eindruck. An der Wahrhaftigkeit seiner Aussage ist nicht der geringste Zweifel möglich. Und so wird die Todesstrafe für ihn auf Grund eines falschen Zeugnisses gefordert! Der belastende Schuhmann Bowski ist nämlich bekannt als ein physisch äußerst starker Mann und schämt sich nun zu bekennen, daß Kasprzak allein mit ihm fertig geworden ist; er besteht deshalb darauf, daß Gurymann sich an der Befreiung Kasprzaks beteiligt habe, und die notorisch hinfallige Aussage eines Analphabeten — wie es die russischen Säuuglinge meistens sind — der obendrein persönlich engagiert und rachebedürftig ist, genügt der russischen Staatsanwaltschaft, um ein Urtheil zu begründen!

Die Anklage stützt sich auf den § 279 der kriegsgerichtlichen Prozeßordnung, das heißt auf das selbstkriegsgerichtliche Verfahren in Unterschied vom kriegsgerichtlichen Verfahren zu Friedenszeiten. Darin liegt gleichfalls die Absicht, das Urtheil und auch seine Ausführung zu sichern, weil bei diesem Verfahren die Urtheile vom Generalgouverneur Tschertkow und nicht vom Jaren selbst bestätigt werden; es galt also von vornherein, dem „Friedensjaren“ die Bestätigung des drakonischen Urtheils der Todesstrafe für beide Angeklagten zu sparen. Doch ist die ganze Bevölkerung durch den Prozeß, dessen Hauptdetails bereits allgemein bekannt sind, namentlich durch das tragische Schicksal Kasprzaks so erregt, daß man allgemein annimmt, der Generalgouverneur würde doch nicht wagen, ohne eine Direktive aus Petersburg die zwei Todesurtheile zu bestätigen. Somit dürfte der Ausgange des blutigen Dramas vor dem Warschauer Kriegsgericht als erster Fingerzeig aufgefaßt werden, welchen Kurs der Absolutismus nach dem Attentat auf Plehwe einschlagen will: ob Fortsetzung des Blutrregiments oder Einlenken in etwas ruhigere Bahnen.

Die Verteidigung Kasprzaks führt ein Warschauer Rechtsanwält Pawlak, Gurymann wird von den Rechtsanwältenski und aus Warschau und Andrejewski aus Petersburg verteidigt. Es sind 30 Zeugen vorgeladen, so daß die Verhandlung wohl zwei Tage, heute und morgen, in Anspruch nehmen wird. Die Anklage hat als Belastungszeugen ausschließlich Gendarmen und Polizisten herangezogen. Darunter fungieren: der Kapitän Wonsiak, schon aus seiner früheren Thätigkeit als Gendarm den Warschauer Genossen sehr wohl bekannt, und der Gendarmenlieutenant Schilliewicz; diese beiden haben den verhafteten Mayer als den alten in Warschau bereits vor Jahren thätigen Revolutionär Kasprzak erkannt.

Als Entlastungszeugen treten auf: zwei Genossen, die Schuhmacher Pawlak und Jabojska, beide gegenwärtig in Haft, ferner die Frau Kasprzaks und die Bewohner des Hauses, in dem die Druckerei sich befand.

Heute früh, eine Stunde vor Beginn der Verhandlungen wird die Verteidigung aus juristischen Gründen die Kompetenz des Kriegsgerichts anzweifeln, doch dürfte dies zu keinem Ergebnis führen. Die Komodie des Gerichts beginnt bald und leider zweifelt kein Mensch, daß sie blutig enden wird. Die Aufregung, namentlich in den Arbeiterkreisen ist eine ungeheure. —

### Soweit unser Korrespondent.

Der Warschauer Prozeß erscheint als ein neues Glied in der Kette der Ereignisse, die sich zu einer furchtbaren Anklage gegen das russische Anstreich vor der Kulturwelt aneinanderreihen. Diesmal ist es kein russischer „Nihilist“, kein „Terrorist“, sondern ein deutscher Socialdemokrat, der vor der Anklage auf der Anklagebank sitzt. Ein von Natur äußerst ruhiger Charakter, ein kühler und klarer Kopf, war Martin Kasprzak jahrelang auf deutschem Boden, in Posen, als Socialdemokrat thätig, ohne je um ein Haar von der allgemein gültigen Taktik der deutschen Socialdemokratie abzuweichen. Er agitirte, beteiligte sich an der Organisation im Posener Wahlverein, im Jahre 1901 kandidirte er bei einer Nachwahl in Posen als Socialdemokrat zum deutschen Reichstag. Nun geht er aber nach russisch-polen, um in Reich und Glied der dortigen Socialdemokratie zu arbeiten, das heißt wiederum nur im Geheimen aufstrebend und organisierend unter der Arbeiterschaft zu wirken. Hier wird er dafür wie ein wildes Tier gehegt, promoviert und bald von einer Horde Gendarmen erfaßt, die auf ihn förmlich Jagd machen. Was ihm drohte — er wußte es. Kasprzak hatte bereits die russische Gefängnispein ausgetestet. Im Jahre 1893 war er bereits einmal nach einigen Jahren Thätigkeit von den russischen Gendarmen festgenommen und in der Warschauer Citadelle interniert. Damals wußte ihm die Polizei nichts Näheres zur Last zu legen als die allgemeine Theilnahme an der socialistischen Bewegung. Nicht die geringste belastende Thatsache war seinen Schergen bekannt, nichts von seiner Persönlichkeit als der Name. Und trotzdem wurde er 2 1/2 Jahre in Unterwerfungshaft gehalten, bis er ins städtische Krankenhaus gebracht wurde, aus dem er sich durch die Flucht rettete, wobei er zum Andenken an die Hafterschaft in dem „befeindeten Nachbarstaat“ die Schwindsucht nach der preussischen Heimat mitnahm.

Jetzt, als ihn die russischen Gendarmen zum zweitenmal festnahmen, wußte er, was ihn erwartete, und heute, nach dem Königsberger Prozeß, weiß es jeder Kulturmenschen. Kasprzak wußte, daß der Tod besser ist als jahres- oder jahrzehntelange Agonie im russischen Gefängnis oder Zuchthaus, er verteidigte sein Leben und seine Freiheit. Dabei war weder ihm noch seinen Genossen der geringste Gedanke an eine terroristische Taktik eingefallen. In einem aus Anlaß dieser Vorgänge von der Socialdemokratie russisch-polen im Mai herausgegebenen Flugblatt heißt es u. a.: „Arbeiter! Wir sind keine Anhänger des Terrors. . . . Unsere Aufgabe ist nicht, die einzelnen Träger, sondern das System selbst, den Absolutismus, zu beseitigen. Dies läßt sich aber erst dann bewerkstelligen, wenn das russische und polnische arbeitende Volk die

Kotwendigkeit der Beseitigung des Jarrismus wird begreifen lernen und als Massenbewegung in einen unermüdbaren Kampf mit ihm eintreten wird.

Der betroffene Widerstand in unserer Druckerei ist auch nicht ein terroristischer Akt gewesen. Unsere Genossen verteidigten lebhaft ihre Freiheit vor dem Ueberfall der Schergen. Und in Verhältnissen, wo für jede Bewegung, für jedes freiere Wort Sibirien, Gefängnis, Judstich droht, da ist die Notwehr ein heiliges Bürger- und Menschenrecht!

Nach den Schreden des absolutistischen Regiments, die der Königsberger Prozeß aus Licht gerufen hat, muß auch gesagt werden: in solchen Verhältnissen, in einem Staate, wo demonstrierende Arbeiter ausgepeitscht werden, wo die Vergewaltigung der Frauen als Strafmaßnahme auf Befehl angewendet wird, wo Massenmorde, wie in Miskineu, von der Regierung planmäßig organisiert werden, in einem solchen Staate ist die Notwehr gegenüber der Gewalt Herrschaft ein heiliges Recht jedes Menschen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Kautenregierung nach der Königsberger moralischen Hinrichtung und nach Plehwe's Exekution die Sitten haben wird, der öffentlichen Meinung Westeuropas sowie der russischen revolutionären Welt den Handschuh ins Gesicht zu werfen, indem sie das Bluturteil über einen preussischen Staatsangehörigen und die andern fälschlich angeklagten polnischen Genossen bestätigt.

Nach dem Ausgang des blutigen Warschauer Dramas wird man über den Grad der Blindheit des russischen Jarrismus urteilen können, mit dem er dem Abgrund entgegenführt.

## Aus der Frauenbewegung.

**Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse:** Montag den 8. August Ausflug mit Familie: Trepow, Köpenicker Landstraße, Lokal Joel. Von 8 Uhr ab gemeinsames Kaffeeloch. Am rege Beteiligung bitten  
Der Vorstand.

Am den Mitgliedern während der Ferien Gelegenheit zum Entrichten der Beiträge zu geben, sind folgende Zahlstellen eingerichtet:  
NW. Frau Franke, Goglowstr. 13;  
N. Frau Kühnemann, Böhlerstr. 21, Frau Steinlopf, Schwedterstraße 38, Frau Panzeram, Pappel-Allee 128, I;  
O. Frau Meine, Vittauerstr. 15, Frau Klotz, Kopenstr. 81;  
SO. Frau Schulz, Brangelstr. 105, III;  
S. Frau Hiert, Brigerstr. 23, I.

**Frauenarbeit in England.** Die Londoner „Times“ veröffentlichten soeben einige Resultate der letzten englischen Volkszählung. Danach erscheint es bemerkenswert, daß es in England nur sechs verschiedene Beschäftigungsarten gibt, in welchen mehr Frauen als Männer tätig sind. Die Frauen sind stärker vertreten in der Papierindustrie, der Textilbranche und in der Konfektion. Sie sind ferner als Lehrpersonen, Krankenwärterinnen und Dienstmoten in größerer Anzahl beschäftigt als die Männer. In diesen Berufen finden wir 3 1/2 Millionen Frauen gegen 1 Million Männer. Auf allen andern Arbeitsgebieten ist hingegen die Zahl der männlichen Arbeiter derjenigen der weiblichen bedeutend überlegen. Es kommen im Durchschnitt 9,1 Millionen männliche auf 800 000 weibliche Arbeiter.

## Gewerkschaftliches.

**Einsicht in Saarabien?**

Man schreibt uns:

St. Johann-Saarbrücken, 2. August 1904.  
Einer zuverlässigen Mitteilung zufolge will der Vergewaltigte Hilger die im Schichtlohn beschäftigten Bergleute um 50 Pf. pro Schicht aufbessern. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so dürfte weniger Hilger daran schuld sein, als vielmehr die Leute, die immer die bekannten „Winte von Oben“ geben. Ein solcher „Wint von Oben“ wäre jedenfalls ohne den Krümer-Prozeß und die „socialdemokratische Hege“ nicht zu stande gekommen. Kommt die Aufbesserung, so werden die Bergleute wissen, wenn sie dieselbe zu verdanken haben. Jedenfalls werden die Ueberhälse nicht sonderlich beeinflusst von einer etwaigen Lohnverhöhung.

Hohe Zeit wäre es übrigens, um aufzubessern. Vor uns liegen eine Anzahl Lohnzettel, die eine Aufbesserung mehr als wünschenswert machen lassen. Diesen zufolge hat im Monat Mai ein 24-jähriger Bergmann in 28 1/2 Schichten rund 70 M. 68 Pf., in Worten siebzig Mark dreiundsechzig Pfennig verdient. Das ist pro Schicht netto 2,50 M. Von diesem „horrenden“ Lohn wurden dem Bergmann aber noch 7,85 M. Wächtergeld (das sind Knappschaftsbeiträge usw.) abgezogen, so daß der „glückliche“ Goldvogel mit 62,78 M. für 28-tägige Arbeit nach Hause stolzieren konnte. Derartige Löhne können wir an der Hand von Lohnzetteln zu Dutzenden nachweisen. Daß bei solchem Lohn sich einer noch Haus und Feld anschafft oder nach Herrn Vopelius junge Gemüße und weiße Handschuhe kaufen kann, selbst wenn man 27 Jahre keine Wutter zum Brot ist, glaubt selbst kein Scharfmacher. Da macht eine Aufbesserung von 50 Pf. die Suppe auch noch nicht fett.

**Berlin und Umgegend.**

**Zum Glaserstreik.** Gestern wurde der neue Tarif mit 12 Firmen, darunter 8 der größten, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts feigelegt. Unter den erschienenen Firmeninhabern befanden sich auch mehrere von denen, die in der letzten Innungsversammlung erklärt hatten, sie würden ihre unterschrittlige Beteiligung wieder zurückziehen. Da einige der Meister der irtümlichen Meinung waren, die Innung könne mit Repressionsmaßnahmen gegen sie vorgehen, falls sie den Tarif vor dem Einigungsamt anerkennen, so erhielt der Vertrag noch einen Verhinderungszusatz dahingehend, daß der Unterzeichner den Tarif als verbindlich erachtet, „falls die Innung aus bestehenden Gesetzen kein Recht herleiten kann, die Annullierung der Unterschrift zu verlangen.“ Die Organisation ist sich ferner schlüssig geworden, den Leuten derjenigen Meister, die den Tarif zwar unterzeichnet, jedoch nicht vor dem Einigungsamt anerkannt haben, die Arbeitsberechtigungskarten wieder zu entziehen.

**Verlangte Streikbrecher.** In der „Volks-Zeitung“ werden Wildhauer für die Firma Kümmele, Frankfurter Allee 117a, verlangt. Die dortigen Wildhauer befinden sich im Streik.

Mit dem Streik in der Blauschmelzfabrik von Gass u. Co. in der Frankfurter Allee 117a besetzte sich am Mittwoch eine Branchenversammlung der russischen Instrumenten-Arbeiter, die im Gewerkschaftshause tagte. Der Streik, der nun bereits über fünf Wochen dauert und eigentlich nur die Dregelbauer und die Umleimer und Fertigholzer umfaßt, hat dazu geführt, daß fast der ganze Betrieb stillsteht. Einige Streikbrecher, die von auswärts gekommen waren, haben die Arbeit wieder eingestellt. Die Firma sucht unter andern in der hiesigen „Volks-Zeitung“ nach Arbeitswilligen, bietet ihnen 65 Pf. Stundenlohn, mehr als sie den alten Arbeitern zahlen will. Auch in auswärtigen Zeitungen und Fachblättern sucht sie nach Arbeitskräften, aber offenbar ohne Erfolg. Daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei der Firma nicht verlockend sind, ist wohl schon allgemein bekannt. Die Lage des Streiks ist denn auch durchaus nicht ungünstig für die Arbeiter, wenn auch der Firmeninhaber keine Reue zeigt, zu verhandeln. In der Versammlung schwachen sich sämtliche Redner dafür aus, den Streik und die Sperre über die Firma so lange fortzusetzen, bis ein annehmbares Uebereinkommen getroffen wird.

Kuherdem berichtete der Branchenvertrauensmann über eine Anzahl kleiner Differenzen aus verschiedenen Werkstätten, die teils schon erledigt waren, teils noch zu erledigen sind. Von der Firma Gass u. Co. ist der Zugang streng fernzuhalten.

**Erfolgreicher Streik in einer Mineralwasserfabrik.** Bei der Firma O. Franke (Inhaber Erich Dahn), Mineralwasserfabrik, Neue Hochstraße, war am Mittwoch das gesamte Personal in den Ausstand getreten, weil die Leute bei der gegenwärtigen Ueberanstrengung eine Lohnverbesserung verlangten, die ihnen anfangs nicht bewilligt wurde. Nach eintägigem Streik war die Differenz bereits zu Gunsten der Ausständigen beigelegt, und zwar erhalten die Abseher während der Sommermonate anstatt der bisherigen 24 M. jetzt 28 M. bei 10-tägiger Arbeitszeit. Ueberstunden werden im Sommer mit 60 Pf., im Winter mit 50 Pf. vergütet. Die Aufscher, die bisher 18-20 M. Wochenlohn erhielten, bekommen jetzt 21 M., außer den üblichen Prozenten. Auch für die Mitfahrer sind entsprechende Verbesserungen vereinbart worden. Vorstehende Vereinbarungen sind vertraglich zwischen der Firma und dem Handelshilfsarbeiter-Verbande bis zum 1. August nächsten Jahres feigelegt worden. Die Firma erbot sich auch, den Streiktag zu bezahlen, sowie einem Abseher, der von ihr zu billig angenommen war, die Differenz zwischen dem alten und dem neu vereinbarten Lohne für 14 Tage nachzugeben.

**Der Streik bei Drenstein u. Koppel in Spandau** hat nicht nur die städtischen Honoratioren, sondern auch die dortige Polizei in eine ungewohnte Aufregung versetzt. Man denke: In Spandau, der Stadt mit all den „königlichen“ Fabriken, ein Streik! Und dann noch von diesem Unfange! Das ist einfach ein Ereignis. Was kam daraus nicht alles entstehen! Schon der bloße Gedanke, daß nun auch vielleicht die Staatsarbeiter mit ihren „Ober-Schloßern“ und „Ober-Schultern“ rebellisch werden könnten, ist fürchterlich. Unter solchen Umständen erscheint es fast verzeihlich, daß die Polizei einen förmlichen Skordon um die bestrickte Fabrik errichtet hat und mit den Streikpölen um die Weite nach „Arbeitswilligen“, „die da kommen sollen“, ausschaut. Auch die Firma selbst hat über die Fabrik selbst den Keinen Belagerungszustand verhängt, indem sie auf großen Warnungstafeln die Benutzung der über ihr Gelände zur Fabrik führenden Wege und Stege strengstens verbietet. Im übrigen hat die Firma bekannt gemacht, daß, wenn die Arbeiter bis Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufnehmen, sie sich als entlassen betrachten können. Der Schreckensruf wird die erhoffte Wirkung jedenfalls verfehlen, denn nicht nur die Organisationsverhältnisse unter den Arbeitern sind günstig, sondern auch die Erbitterung über die ausnahmsweise schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Betriebe ist derartig groß, daß sich aus den Reihen der Streikenden kaum ein Verräter finden dürfte. Wurde doch der Streikbeschuß mit weit über Dreiviertel-Majorität gefaßt. In dem Betriebe sind nur die Meister mit einigen ihrer Verwandten geblieben; alle übrigen Arbeiter, 350 an der Zahl, streifen. Recht bezeichnend war das Verhalten der Direktion bei den bisherigen Verhandlungen. Jemand eine tarifliche Vereinbarung mit den Arbeiterorganisationen lehnte sie ab. Die Firma will „freie Hand“ bei den Lohnzahlungen behalten. Ihr Standpunkt ist: Wenn die Arbeiter mit den Löhnen nicht auskommen können, so mögen sie ihren Verdienst durch Ueberstundenarbeit erhöhen. Tatsächlich wurde in den verschiedenen Abteilungen die nominelle zehnstündige Arbeitszeit durch den Ueberstundenumfang häufig bis auf 16, ja 18 Stunden täglich ausgedehnt. Ueber die bisherigen Löhne geben folgende Zahlen lehrreichen Aufschluß: Es erhielten pro Stunde: Schlosser 28-30 Pf., Schmeide 34-48 Pf., Dreher 30-38 Pf., Holzarbeiter 38-44 Pf. und Plabarbeiter 30 Pf. Das sind die Löhne einer der bedeutendsten Firmen für Feld- und Kleinbahnbau in nächster Nähe von Berlin! Die Streikenden fordern nun: als Mindestlohn für Schirmermeister, Kolonnenführer und Dreher über 20 Jahren 50 Pf., für Schlosser dieses Alters 45 Pf., für Schmeideführer 42 Pf., für alle ausgeleiteten Schlosser, Dreher, selbständige Blöhschmiede, Helfer der Schirmermeister, Maschinen- und Plabarbeiter nach zweijähriger Tätigkeit im Betriebe 40 Pf., für Neuzugestellte 38 Pf. Ferner die Innehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit und Beschränkung der Ueberstunden auf die nur absolut notwendige Zahl gegen einen entsprechenden Lohnzuschlag. Da diese Forderungen als durchaus berechtigt erscheinen müssen, so wird es Sache der gesamten Arbeiterschaft sein, bis zur Beendigung des Streiks den Zugang nach dieser Fabrik in Spandau strengstens fernzuhalten.

**Die Lagerhalter der Firma J. E. Degner (Zil. Sidingenstr.)** legten am Donnerstag früh die Arbeit nieder, weil die von den Arbeitern gewählte Kommission, welche wegen vorhandener Differenzen vorstellig werden wollte, von der Geschäftsleitung nicht gehört wurde. Im Frühjahr hatten dieselben durch ein Schreiben an den Chef selbst eine Lohnverbesserung erzielt, welche jetzt durch Praktiken einzelner Angestellten zwecklos gemacht werden sollte, indem man jetzt gerade die ältesten Arbeiter entließ. Ein Aufscher, welcher 3 1/2 Jahre im Betriebe beschäftigt war, mußte durch einen leichteren Unfall 4 Tage zu Hause bleiben, wurde entlassen, weil derselbe eine Restauration besitz und weil die Aufscher und Arbeiter bei demselben verkehrten. Ein zweiter Aufscher hatte ebenfalls einen leichten Unfall, welcher durch Abladen von Eisenträgern entstand; demselben wurde per Karte mitgeteilt, wenn er nicht angeben könne, wenn er gesund werde, sei er entlassen. Ein Arbeiter soll eher wie ein Arzt der Firma mitteilen, wenn er von seiner Krankheit geheilt sei. Dem Hof schlug man den Boden aus, indem man den Vertrauensmann der Firma entließ, welcher 5 Jahre lang seine Pflicht und Schuldigkeit gethan hat, was ihm durch Zeugnis bescheinigt wurde; nur eine Bescheinigung über den Grund zur Entlassung behielt man sich vor. Als eine Kommission auf Grund dieses Vorkommnisses vorstellig wurde, hielt es der Chef nicht einmal für notwendig, diese zu empfinden. Die Situation ist günstig, wenn Zugang ferngehalten wird; Arbeitswillige sind nicht zu verzeichnen.

## Deutsches Reich.

**Die Horn- und Schildpattarbeiter der Werkstatt Horning in Rathenow** sind ausgesperrt, weil dieselben sich weigerten, zu reduzierten Accordpreisen zu arbeiten. Durch Urteile des Gewerbegerichts hat Horning auch wegen geschwinder Entlassung der Arbeiter 114 M. Lohnentschädigung zahlen müssen. Nach Auslassungen des Horning will er Horn- und Schildpattartikel aus Fürth und Wien beziehen, aus Neapel will er sich italienische Arbeiter holen, welche für 16,50 Wochenlohn arbeiten sollen. Alle in Betracht kommenden Organisationen werden ersucht, Zugang nach Möglichkeit fern zu halten.

Die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Rathenow.

Die Steinbildhauer Hannovers sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Einigungsversuche sind gescheitert.

Der Streik der Mühlenarbeiter in Hameln dauert unbeeändert fort.

Zugang von Holzbildauern ist von Breslau fernzuhalten.

Die Stukkaturen in Düsseldorf sind in den Ausstand getreten. Es handelt sich um einen Weiberstreik. Von Seiten der Unternehmer wurde der Lohn pro Stunde um 5 Pf. reduziert. Die Christlichen haben sich mit den freien Gewerkschaften solidarisch erklärt und ist der Streik ein allgemeiner. In den Nachbarorten von Düsseldorf ist eine so große Nachfrage nach Bauhandwerkern, daß circa 400 der Streikenden sofort untergebracht werden können, es bleiben dann noch vielleicht 200 der Ausständigen am Ort.

Die Wälder Düsseldorf befinden sich in einer Lohnbewegung und zwar sollen in den Profabrikten zuerst geordnete Zustände geschaffen werden. Es wird von den Ausständigen ein Mindestwochenlohn von 24 M. verlangt, für Ofenarbeiter und Zeigmacher ein solcher von 26 M., während Gehilfen in leitender Stellung 28 M. verdienen sollen. Die Arbeitszeit soll 12 Stunden einschließlich einer Ruhepause von 1 Stunde betragen. Ueberstunden sollen mit 50 Pf. entschädigt werden. Die Scharmacher in dem Wäldereigewerbe hinterziehen die Verhandlungen und ist nun von Seiten des Düsseldorf Gewerkschaftsartells der Boykott über die Profabrikten verhängt worden, die die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligten.

Die Mattenmacher Hamburgs haben an die Arbeitgeber das Ansuchen auf Einführung eines Accordtarifes gestellt.

Die Altemyner Leizig sind, dem Drängen einiger Meister folgend, erneut an die Innung herangezogen, um Verhandlungen herbeizuführen.

Zugang von Kohlenarbeitern ist von Hamburg auch nach der Aussperrung nach wie vor fernzuhalten. Für die Kohlenarbeiter ist jetzt dort die „Saur Gurlenzzeit“; es liegen nur sechs Kohlendampfer im Hamburger Hafen, so daß die Beschäftigung auch für die einheimischen Arbeiter nicht ausreicht.

Die Maurer Mannheims hatten den Unternehmern eine Anzahl Forderungen unterbreitet, welche diese wegen der „schlechten Geschäftslage“ und im Hinblick auf die „im Vergleich zu andern Städten genügenden Lohnsätze“ ablehnten. Die Maurer haben nochmals Unterhandlungen anzubahnen versucht.

München, 4. August. Die Differenzen im Baugewerbe wurden heute mittag dank des vermittelnden Eingreifens des Gewerbe-richters Dr. Premer und nach eingehenden Verhandlungen beigelegt.

## Verfammlungen.

Die Arbeiter der Gips- und Cementbranche (Sektion des Maurer-Verbandes) nahmen gestern abend in ihrer stark besuchten Generalversammlung endgültig Stellung zu den Forderungen, die sie anstatt des kürzlich gekündigten, am 1. Oktober ablaufenden Lohn-tarifs den Arbeitgeber unterbreiten wollten. Beschlossen wurde, folgende Hauptpunkte in dem neuen Tarifentwurf festzusetzen: Die Mindestlöhne pro Stunde sollen betragen für Maltipapier, Plattenmacher und Lupinwandpapier 85 Pf., für Cementierer, Spanner und Flechter 67 1/2 Pf., für Einhälter 57 1/2 Pf., für Fuhrerträger bei einem resp. zwei Papern und bei Platten 57 1/2 resp. 67 1/2 und 62 1/2 Pf. und für Hilfsarbeiter 50 Pf. Das sind 2 1/2 Pf. mehr wie bisher. Der Ueberstundenzuschlag beträgt 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent. Alle Arbeiten werden in Zeitlohn ausgeführt. Die Arbeitszeit ist neunstündig; sie regelt sich wie bei den Maurern nach der Jahreszeit; ebenso der Lohnzahlungsmodus; auch alle sanitären Arbeitergesundheits-Einrichtungen sollen den für die Maurer gültigen Bestimmungen entsprechen. Der von der Sektion eingerichtete Arbeitsnachweis wird von dem Verband der Gips-, Cement- und Zedenbaugehäfte als alleinige Arbeitsvermittlungsstelle anerkannt. Der auf dieser Grundlage zu schaffende Tarif soll für ein Jahr gelten. — In der Versammlung wurde noch die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen. Die Einnahme betrug 12 418,62 M., die Ausgabe 10 144,63 M. Die Mitgliederzahl hat mit 1897 ihren bislang höchsten Stand erreicht; im letzten Quartal waren allein 630 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Hestige Debatten in der Abgeordneten-Kammer.**

München, 4. August. (B. Z. V.) In der heutigen Kammer-Abendigung der Abgeordneten kam es zu einer erregten Debatte über den gefirigen Angriff in der Kammer der Reichsräte auf die Zweite Kammer. Die meisten Redner greifen in scharfen Worten die Kammer der Reichsräte an und verurteilen die gestern von dem Reichsrat Grafen Preysing gemachten Äußerungen. Präsident Dr. Lerer bedauert, daß die Meinung des Präsidenten der andern Kammer zur Mäßigung ungehört verhallt sei und wundert sich, daß die Regierung auf den Vorwurf der Schwäche nicht geantwortet habe und ihn, den Präsidenten, so wenig in Schutz nehme. Minister Freiberger von Jellisch mahnt zur Mäßigung und Berühmtheit, die Regierung werde nach Möglichkeit hierbei mitwirken. Man müsse nicht vergessen, daß hin und her geschossen worden sei. Die Regierung werde sich stets die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte angelegen sein lassen und nicht dulden, daß eine Einschränkung der Rechte der einen oder andern Kammer eintrete. Sie werde auch hinwiederum ihre Rechte gegenüber dem Landtag mit aller Energie wahren. Der Minister zollt dem Präsidenten lebhaften Beifall für seine Amisführung. Der gestern gegen die Regierung erhobene Vorwurf der Schwäche sei gegen das Gesamtministerium gerichtet und dieses werde daher antworten.

Rom, 4. August. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhle und Frankreich 24 Astenstücke, die durch einen Antiklimen Kommentar eingeleitet werden. Die Astenstücke sind sämtlich bereits bekannt, mit Ausnahme des Wortlauts der geheimen Korrespondenz zwischen dem Vatikan und den Bischöfen von Laval und Dijon, in welchen diesen unter Androhung von Strafe anbesohlen wird, in Rom zu erscheinen. Diese Korrespondenz, welche von den Bischöfen der französischen Regierung mitgeteilt wurde, rief den Skandal hervor. In dem antiken Kommentar heißt es, daß mehrermals, namentlich in den letzten Monaten, einige Mitglieder des französischen Kabinetts die Absicht zum Ausdruck gebracht hätten, scharfweise zum Bruch mit dem Heiligen Stuhle zu gelangen. Der entscheidende Schritt auf diesem Wege sei die Beurteilung oder Abberufung des Vorkämpfers Richard gewesen, wobei man einige im Austrage des Papste an die Bischöfe von Laval und Dijon gemäß seine apostolischen Mission gerichtete Briefe zum Wortband genommen habe, trotz zufriedensstellender und freundschaftlicher Auseinandersetzungen des Heiligen Stuhles den Augenblick für gekommen gehalten, um die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, wenn der Heilige Stuhl es auch vorgezogen haben würde, über diese Angelegenheit volles Schweigen zu beobachten, so schreite er doch jetzt dazu, dieselben zu veröffentlichen, um die Wahrheit und die Verantwortlichkeit klarzustellen. Der Kommentar glebt dann eine historische Darlegung der Frage, sagt darüber, daß der Bischof von Laval der französischen Regierung geheime Astenstücke mitgeteilt habe, und hält die Behauptung aufrecht, daß der Heilige Stuhl niemals das Konkordat verlegt habe, sich vielmehr im Rechte befand und dementsprechend gehandelt habe. Der Heilige Stuhl — so heißt es weiter, habe gehofft, daß die französische Regierung sich mit seinen Auseinandersetzungen befriedigt erklären würde, da er sich stets entgegenkommend gezeigt habe. Der Kommentar schließt: alles war nutzlos. Der Geschichtsschreiber wird sagen, daß die französische Regierung ihre jahrhundertalte diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhle abgebrochen hat, weil dieser, der in der betreffenden Angelegenheit ausschließlich zuständig ist, zwei Bischöfe berufen hat, um sich über die schwersten Anschuldigungen zu rechtfertigen, nachdem er die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt hatte.

**Chamberlains Rille.**

London, 4. August. Auf der dem Herzog von Portland gehörigen Besitzung Welbeck-Abbey hielt heute Chamberlain in einer von etwa 12 000 Personen besuchten Versammlung eine Rede, in welcher er ausführte, er wolle der Landwirtschaft denselben Schutz geben, wie ihn die Industrie habe, und zwar durch Erhebung von Einfuhrzöllen auf die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Er schloß einen Zoll von 2 Schilling für den Quarter Weizen und alle sonstigen Getreidearten mit Ausnahme von Mais vor und einen so hohen Zoll auf Mehl, daß jeder im Lande erzeugte oder eingeführte Weizen in England gemahlen werden müsse. Ferner beschwor er einen Zoll von 5 Proz. auf Fleisch, Mischerezeugnisse, Geflügel, Gemüse und Früchte.

**Russische Genertität.**

London, 4. August. (B. Z. V.) Die Tochter des bekannten Petersburger Arztes Niedzjewsky wurde dem „Daily Telegraph“ zufolge in der Festung Schlißelburg wegen des Verfalls, die Truppen in Ostasien zur Verlegung der Disziplin zu verleiten, durch den Strang hingerichtet. Die Polizei hatte die Dame und deren Vater schon vor zwei Monaten verhaftet. Die Publikation über die Hinrichtung wurde im Antisblatt jedoch nicht veröffentlicht.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage. Die Parteigenossen in Augsburg beschäftigten sich in ihrer Parteiverammlung unter anderem auch mit den Vorschlägen auf Abänderung der Partei-Organisation.

Der mecklenburgische Landesparteitag findet am 4. und 5. September in Lübeck statt. Im gelobten Lande Mecklenburg ist er verboten.

Die Parteileitung der badischen Sozialdemokratie giebt ein Flugblatt für das ganze Land heraus, das die Wahlreform bespricht und zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit anfeuert.

Genosse Karl Thiel in Kassel sollte nach der Meldung eines bürgerlichen Blattes als Kandidat für den Reichstags-Wahlkreis Schaumburg-Lippe aufgestellt worden sein.

Aus Industrie und Handel.

Großindustrielle Sippen.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Der die Entwicklung der industriellen Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet etwas ausserhalb verfolgte, kann heute nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß wir von amerikanischen Zuständen gar nicht so weit entfernt sind.

Unter dieser Entwicklung sehen wir, wie die Herrschaft nicht nur in einem Industriezweige, sondern in der gesamten rheinisch-westfälischen Großindustrie sich immer mehr in die Hände weniger Familien vereinigt.

Haniel ist der Repräsentant der reichsten Industriefamilie — das Familienvermögen wird auf 1/2 Milliarde geschätzt.

Die Rheinlande sind ein seit Generationen betriebenes Ackerbaugeschäft. In den letzten Jahren versucht die Familie aber auch nachgehenden Einfluß in der Kohlen- und Eisenindustrie zu erlangen.

Die Rheinlande der Familie Haniel sind auch in sozialer Beziehung infolge von unvorteilhaftem Einfluß, als dadurch aus einigen kleinen Landgemeinden in kurzer Zeit ein zusammenhängendes Industriegebiet sich auszuwickeln wird.

Es klingt wie Ironie, wenn jetzt verlautet, die Regierung wolle durch Eisenwerkwörter den Gefahren eines Monopols vorbeugen; haben doch die Syndikate in den Maßnahmen, die der angezeichneten Entwicklung den Weg ebnen, keinen eifrigeren Förderer und Verteidiger gefunden, als die Regierung.

Die gleichen Kräfte und Interessen wirken im Kohlen-Coals-Syndikat zusammen, gegen das Kleinkapital in beiden Industrien, in der Richtung auf Konzentration und Monopolisierung.

Riesendampfer. Der Bestand der deutschen Handelsflotte an Riesendampfern nimmt beständig zu. 20 000 Tonnen bilden heute nicht die Höchstgrenze mehr.

ausgeschlossen im Eigentum der Hamburg-Amerika Linie (7) und des Norddeutschen Lloyd (4), an; das sind zunächst die 4 unerreichten deutschen Eisenschiffe „Kaiser Wilhelm II.“ (Bremen) mit 20 000, „Deutschland“ (Hamburg) mit 18 502, „Kronprinz Wilhelm“ (Bremen) mit 14 008 und „Kaiser Wilhelm der Große“ (Bremen) mit 14 847 Tonnen.

Zwischen 10 000 und 12 000 Tonnen stehen 18 Dampfer, der Bremer Reichspostdampfer „Bremen“ (11 570), die Hamburger Dampfer „Vulgaria“ (11 077), „Batavia“ (11 046), „Belgravia“ (10 982), die Bremer Schiffe „Barbarossa“ (10 911), „Prinzess Irene“ (10 881), „Königin Luise“ (10 711), „Friedrich der Große“ (10 695), „König Albert“ (10 643), das Hamburger Schiff „Hamburg“ (10 600), die Bremer „Main“ (10 067) und „Rhein“ (10 058 Tonnen).

Ein Bierartikel. In Nürnberg haben die größeren Brauereien, darunter die Tucherische Brauerei, das Brauhaus Nürnberg und die Brauerei Henninger, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet, die einen bestimmten Bierpreis für die Kundenschaft und einen Minimalzinsfuß von 4 Proz. für gewährte Darlehen festsetzt.

Kalisyndikat. Der Schutzböhrergemeinschaft des Kalisyndikats wurden auf Grund ihrer Mutungen vom Oberbergamt Halle vier neue Kalifelder im Mansfelder Bezirk verliehen von zusammen 8 1/2 Millionen Quadratmeter Flächeninhalt.

Soziales.

Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.

Als vor einiger Zeit Dr. Freund seine Vorschläge auf Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung veröffentlichte, wiesen wir darauf hin, daß sie um desto williger Sympathien finden würden, weil sie die Selbstverwaltung der Versicherten vollständig ausschalten.

Welches Ergebnis die Beratungen der Anstaltsvorsitzenden über den Freund'schen Vorschlag gehabt hat, wie sich die Mehrzahl der Vorsitzenden dazu gestellt hat, ist nicht bekannt geworden.

Er will die Invaliden- und Krankenversicherung zusammenlegen und in der Weise organisieren, daß die Krankenversicherung durch eine bürokratische Organisation unter Aufsicht des Vorstandes der Versicherungsanstalten wahrgenommen wird.

Dem Kranken-Versicherungszwange kann ausschließlich durch die Zugehörigkeit zur Bezirkskrankenkasse genügt werden. Diese wird durch das Wohlfahrtsamt (vgl. IV) für ihre eigne Rechnung verwaltet.

Die Verwaltung der Kapitalbestände der Krankenkassen geht auf die Versicherungsanstalt über.

Als öffentliche Organe der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung werden „Wohlfahrtsämter“ errichtet, welche aus einem Beamten als Vorsitzenden und wenigstens je vier Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten als Beisitzern bestehen und die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde haben.

Die Hilfsbeamten des Wohlfahrtsvereins sind Beamte der Versicherungsanstalt und werden vom Vorstande derselben nach Anhörung des Wohlfahrtsamtes bestellt.

V.

- Aufgaben des Wohlfahrtsamtes sind: 1. die Verwaltung der Bezirks-Krankenkasse, 2. die Versorgung der örtlichen Geschäfte der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (Erhebung der Beiträge, Entgegennahme und Begutachtung der Rentenanträge etc.), 3. die Erledigung der ihm auf dem Gebiete der Unfallversicherung zu übertragenden Geschäfte (zunächst vielleicht nur die Kontrolle der Renteneinpfänger, die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften in Kleinbetrieben, sofort oder später die Entgegennahme von Betriebsanmeldungen, Unfallanzeigen, Vornahme der Unfalluntersuchungen etc.), 4. die Ausföhrung der ihm auf den Gebieten der Krankheitsverföhrung, der Arbeiterschutz-Versicherung, der Wohnungs-kontrolle, des Arbeitsnachweises usw. später zu übertragenden Aufgaben.

Die Geschäftsföhrung der Wohlfahrtsämter unterliegt der Aufsicht des Vorstandes der Versicherungsanstalt.

Umbau der Arbeiter-Versicherung. Von Regierungsrat Düttmann in Oldenburg. Sonderabdruck aus Nr. 18 und 19 der Arbeiterversorgung 1904. Gruenow-Verlag, Berlin, Verlag der Arbeiterversorgung. A. Trotschel.

So lange einer Bezirkskrankenkasse Zuschüsse von der Versicherungsanstalt gewährt werden müssen, stehen dem Vorstande der letzteren die Feststellung des Voranschlags und die Abnahme der Jahresrechnung zu.

Die laufenden Geschäfte des Wohlfahrtsamtes werden vom Vorsitzenden allein, gewisse Entscheidungen und Gutachten unter Zuziehung von je einem Beisitzer aus den beiden Klassen, die wichtigeren Verwaltungsgeschäfte unter Zuziehung der sämtlichen Beisitzer erledigt.

Die für alle Wohlfahrtsämter des Anstaltsbezirks gleichmäßige Geschäftsordnung wird vom Vorstande der Versicherungsanstalt erlassen und bedarf der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamtes.

Für die Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird ein Beitrag erhoben, welcher je zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Versicherten zu tragen ist.

Wenn dieser Anteil zur Deckung der Ausgaben des Wohlfahrtsamtes nicht ausreicht, so ist ein für alle Lohnklassen gleich hoher prozentualer Zuschlag zum Normalbeitrage zu Gunsten der Bezirkskrankenkasse zu erheben.

Die Bezirkskassen wegen Erhebung eines Zuschlages bedürfen der Zustimmung der Versicherungsanstalt. Wird dieselbe nicht erteilt, so entscheidet auf Anrufen der Krankenkasse das Reichs-Versicherungsamt.

Das ist die völlige Ausschaltung der Selbstverwaltung. Erstens wird die Mitwirkung der Arbeiter in der Versicherung auf das Recht der Mitwirkung der Unternehmervertreter reduziert und dann die ganze Verwaltung in die Hände des von der Landes-Centralbehörde ernannten Beamten gelegt.

Wie gesagt, in diesem Punkte liegt die Gefahr und wir unterlassen es deshalb vor der Hand auch, auf die übrigen Vorschläge Düttmanns einzugehen, weil die Frage der Selbstverwaltung für uns eine principielle ist.

Der Weg, den wir bei Vereinheitlichung des Versicherungswesens zu gehen wünschen, kann nicht sein die Unterordnung des Krankenversicherungswesens unter die Bureaukratie der Versicherungsanstalten, sondern Aufbau des gesamten Versicherungswesens auf einheitlich zusammengeschlossenen demokratisch verwalteten Organisationen ähnlich den Orts-Krankenkassen.

Die Anstellungsverhältnisse der Krankenkassen-Beamten. Die in Braukau abgehaltene zweite Jahresversammlung des Centralverbandes von Orts-Krankenkassen wählte eine Kommission, die gemeinschaftlich mit den von den Beamten gewählten Delegierten in die Beratung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Beamten einzutreten soll.

Die Kommission, der sechs Kassenvorsteher und sechs Vertreter der Beamten angehören, erhatet nunmehr ihren Bericht. In der Gehaltsfrage hat die Kommission den Standpunkt eingenommen, daß Rindesgehälter, geordnet nach Beamtengruppen und nach Ortsgruppen, festzustellen sind.

- Gruppe 1: Rentanten, Geschäftsföhrer pp., die mit direkter Leitung der Kassengeschäfte betraut sind; Gruppe 2: Abteilungsbeisitzer und Beamte mit selbständiger verantwortlicher Thätigkeit; Gruppe 3: Alle nicht zu Gruppe 2 gehörigen Innen-(Bureau-)Beamten sowie Krankenkassenkontrolloren und Beitragsföhrer oder Kassensboten, ausschließlich der in Gruppe 4 bezeichneten; Gruppe 4: Alle übrigen Beamten, die ausschließlich mit schematischen Arbeiten beschöftigt werden.

Für die Ortsgruppen wird folgende Einteilung vorgeschlagen: Klasse VI: Städte unter 10 000 Einwohner, V: von 10—20 000, IV: 20—40 000, III: 40—150 000, II: über 150 000, I: Großstädte, die infolge besonderer Verhältnisse außerhalb der vorstehenden im allgemeinen gültigen Klassifizierung zu bewerten sind.

Ist danach allgemein zunächst maßgeblich für die Klassifizierung die Einwohnerzahl einer Stadt, so haben Abweichungen hiervon unter besonderen, den Wert der wirtschaftlichen Verhältnisse u. a. eines Ortes bedingenden Umständen zu geschehen.

anach ist folgende Gehaltskala aufgestellt:

Städte- Klasse	Mindestgehalt nach Beamtenstellungen für Gruppe				Prozentuale Steigerung nach dem Grundgehalt
	I	II	III	IV	
VI	1800 M.	1500 M.	1200 M.	1000 M.	10 %
V	1980 "	1650 "	1320 "	1100 "	10 %
IV	2070 "	1725 "	1380 "	1150 "	15 %
III	2160 "	1800 "	1440 "	1200 "	20 %
II	2250 "	1875 "	1500 "	1250 "	25 %
I	2340 "	1950 "	1560 "	1300 "	30 %

Auf diese Sätze werden Dienstalterszulagen in Vorschlag gebracht.

Die Steigerung beträgt nach dem jeweiligen Mindest- oder Anfangsgehalt 50 Proz. Die Dienstalterszulagen müssen mit dem 15. Dienstjahre das Maximum durch jährlich gleich hohe Steigerungen erreichen.

Weiter unterbreitet die Kommission der Jahresversammlung folgende Beschlüsse zur endgültigen Beschlussfassung:

1. Die ausschließlich beschäftigten Beamten und die sogenannten Hilfsarbeiter sind ebenfalls zu einschließen nach den Anfangsgehältern der zuständigen Beamtengruppe der Klasse.
2. So Gehaltsätze bereits bestehend, die das vorgeschlagene Minimalgehalt übersteigen, bleiben erstere gültig.
3. Die Jahresversammlung erklärt die Notwendigkeit der Gewährung von Rants- und Jährgelder an die Beamten.

Es wird weiter der Entwurf zu einem Dienstvertrage vorgelegt, dessen wesentliche Bestimmungen lauten:

Die infolge Versicherungspflicht zur Kranken- und Invalidenversicherung zu leistenden Beiträge zahlt die Kasse.

Als Kündigungsfrist wird beiderseits eine dreimonatliche, quartaltel zulässige, vereinbart, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Kasse die Geltendmachung dieses Kündigungsrechtes davon abhängig ist:

1. daß sich Herr . . . gegen das Vermögen der Kasse einer strafrechtlich zu ahnenden Handlung schuldig gemacht hat;
2. daß Herr . . . durch Strafurteil die bürgerlichen Ehrenrechte, sei es auch nur zeitweilig, verloren hat;
3. daß Herr . . . bei Ausführung seiner ihm durch die erfolgreiche Anstellung obliegenden Dienstpflichten sich grobe Pflichtverletzungen wiederholt, d. h. nach mindestens zweimaliger innerhalb eines Jahres unter Entlassungsandrohung erfolgter schriftlicher Verwarnung hat zu Schulden kommen lassen;
4. daß Herr . . . dauernd außer Stande kommt, seinen Dienstpflichten nachzukommen. Eine zeitliche Behinderung, mag Krankheit, Siechtum, dauerndes körperliches Gebrechen, Unterdrückung, Verhütung einer Strafe oder anderer Anlässe die Ursache sein, gewährt ein Kündigungsrecht, wenn die Dienstunfähigkeit bereits sechs Monate gedauert hat und der Grund derselben die Beförderung einer noch längeren Dauer oder aus derselben Ursache sich ergebenden Wiederholung rechtfertigt.

In den Kündigungsfällen zu 1. und 2. kann die sofortige Entlassung erfolgen, wenn nach den gesetzlichen Bestimmungen die Entlassung ohne vorherige Kündigung zulässig ist. Einigen ist auf Seiten der Kasse kein Recht zur Kündigung vorhanden:

wenn infolge Verringerung der Mitgliederzahl eine Verminderung des Kassenpersonals möglich wäre, es sei denn, daß die Personalreduktion aus diesem Grunde unabweisbares Bedürfnis ist und die Kündigung in der Weise geschieht, daß jeweils nur der Dienstjüngste von derselben und nach vorheriger Entlassung nicht nach dem Vertrage angestellter Hilfsarbeiter betroffen wird.

In den Fällen der Verringerung der Mitgliederzahl infolge Ueberweisung von Mitgliedern an eine andere Versicherungsstelle oder auf Grund anderweitiger Organisationen der Kassen, der Versicherungen, der Zusammengehörigkeit der Versicherten, bezw. deren Gruppierung und deren Vereinigung muß die Kasse die Uebernahme des Herrn . . . an die neue Organisation zu den Bedingungen dieses Vertrages veranlassen und Herr . . . diese Uebernahme genehmigen oder dem Herrn . . . unter Haftung ihres Vermögens, in dessen Verwaltung dasselbe auch immer gelangt sein mag, die vertragmäßigen Bezüge so lange gewähren, bis dem Herrn . . . durch die Beschaffung der Uebernahme dieses Vertrages durch die andre Kasse oder Organisation Ersatz gewährt ist.

Das Religionsbekenntnis des Angestellten und dessen politische Gesinnung dürfen auch in ihrer Ausübung und Betätigung keinen Kündigungs- oder Entlassungsgrund abgeben, ebensowenig die Bestrafung wegen eines politischen oder religiösen Deliktes und die Verbüßung einer derartigen Strafe.

Streitigkeiten, welche sich aus diesem Vertrage ergeben, sollen unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig durch ein Schiedsgericht entschieden werden, welches für sein Verfahren die Bestimmungen der deutschen Zivilprozeß-Ordnung anzuwenden hat. Das Schiedsgericht besteht aus drei vom Angestellten und drei von der Kasse zu wählenden Personen, welche die Qualifikation eines Schiedsrichters nach Maßgabe der Zivilprozeß-Ordnung haben, unter Vorbehalt einer von den sechs Beisitzern zu ernennenden siebenten Person. Die Anrufung des Schiedsgerichts hebt Entlassung oder Kündigung vorläufig auf.

Im Falle einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit ist Herr . . . das Gehalt bis zum Ablauf von mindestens 3 Monaten weiteranzahlen, jedoch unter Abzug des ihm aus der zuständigen Kasse zustehenden Krankengeldes. Das gleiche gilt für freiwillige Kassenmitglieder, sofern die arbeitgebende und die zur Unterstützung verpflichtete Kasse dieselbe ist. Auch nach Wegfall des Gehaltsanspruchs erlischt seine Anstellung nicht.

Dem Herrn . . . wird ein jährlicher Urlaub von mindestens zwei Wochen bewilligt.

Stirbt Herr . . . so haben seine Hinterbliebenen Anspruch auf das Gehalt für den laufenden und die zwei folgenden Monate. Etwaige Dienstwohnung bleibt den Hinterbliebenen für dieselbe Zeit zur Benutzung.

Nach diesem Vertrage soll jeder Beamte nach sechsmonatiger Probezeit angestellt werden.

Die Unfallversicherung der Beamten soll von der Kasse als Verpflichtung anerkannt werden.

Sinsichtlich der Pensions- und Hinterbliebenen-Fürsorge hat die Kommission folgende Resolution angenommen:

„Die Kommission erkennt die Notwendigkeit an, die Pensions- und Rentenfürsorge für die Kassenangestellten einzuführen und empfiehlt der Jahresversammlung der Orts-Krankenkassen die Beitragsbeteiligung der Letzteren zu der zu gründenden Versicherungs-Vereinigung der Kassenangestellten.“

Die Kommission ist aber auch des weiteren der Ansicht, daß selbst die größten und leistungsfähigsten Krankenkassen Deutschlands auf die Dauer nicht in der Lage sein werden, ihre übernommenen Verpflichtungen — die Pensions-, Witwen- und Waisenversorgung der Kassenbeamten — allein aufrecht zu erhalten. Deshalb ist auch diesen Krankenkassen dringendst zu empfehlen, unter Uebernahme einer Beitragsleistung sich an der von den Kassenbeamten zu gründenden Versicherungsvereinigung zu beteiligen und ihre bereits bestehenden Einrichtungen zu Gunsten dieser Vereinigung aufzulösen.“

Zum Schluß schlägt die Kommission noch vor:

Als Rekursinstanz wird mit der Kompetenz der Zuständigkeit für alle Streitigkeiten aus den tariflich geregelten Anstellungen und für alle Teile Deutschlands ein

### Centralfamt

errichtet. Unter Anlehnung an die Organisationen der Landes- oder Provinzialverbände der Orts-Krankenkassen wird für die Bezirke derselben ein

### Bezirks-Schiedsgericht

errichtet. Diese haben über die Durchführung und Aufrechterhaltung der durch die Jahresversammlungen der Orts-Krankenkassen ergehenden einschläglichen Beschlüsse und Einrichtungen zu wachen und sind für die Streitigkeiten aus den Arbeitsverhältnissen die Berufungsinstanz.

Die vorgeschlagenen Institute werden in getrennten direkten Wahlen je zur Hälfte aus Vertretern der Orts-Krankenkassen-Vorstände und des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen pp. Deutschlands gebildet.

Zur Ausführung der letzten Vorschläge beantragt die Kommission:

„Abermals die Bildung einer paritätischen Kommission zu beschließen, die unter Beachtung der im vorstehenden gegebenen Direktiven der 12. Jahresversammlung über die Aufgaben der zu schaffenden Institute durch Reglements Vorschläge zu unterbreiten hat. Diese Kommission hat die weitere Aufgabe, bis dahin für die Einführung der Beschlüsse der Münchener Jahresversammlung zu wirken.“

Die Beschlüsse der Kommission wurden einstimmig gefaßt.

Dem Bericht ist eine Ortsenteilung auf Grund der erwähnten Grundsätze angefügt.

In der Generalversammlung der Leipziger Orts-Krankenkasse am Mittwochsabend legten die Unternehmer-Vertreter im Vorstände ihre Ämter nieder. Neuwahlen wurden von den Vertretern der Unternehmer in der Generalversammlung abgelehnt. Die Arbeitervertreter verblieben auf Wunsch ihres Auftraggeber in ihren Ämtern, um eine kommissarische Verwaltung der Kasse zu verhindern. An Stelle eines Vorstandsmitgliedes der Arbeitnehmer wurde Genosse Pollender, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, gewählt. Ein Vertreter der Kreishauptmannschaft war von der Versammlung nicht zugelassen worden.

Die Kreishauptmannschaft mutet dem Kassenvorstande jetzt die Anerkennung ihres mit den Ärzten abgeschlossenen Vertrages vom 7. Mai zu und will ihm unter dieser Bedingung das Recht zur Versorgung der Kasse mit ärztlicher Hilfe wiedergeben. Der Vertrag vom 7. Mai nimmt aber gerade der Kasse dieses Recht. Der Kassenvorstand würde also durch Anerkennung des Vertrages nur erreichen, daß er der Behörde die Verantwortung für die Folgen des Vertrages abnimmt. Deshalb wird der Kassenvorstand sich hüten, auf die Zustimmung einzugehen.

Den Bezirksärzten will die Kreishauptmannschaft neue Vorschläge machen, um sie zum Verzicht auf ihre alten Verträge zu veranlassen.

Der Rücktritt der Unternehmer von der Verwaltung der Leipziger Ortskasse wird von den Berliner Neuesten Nachrichten zu einer unverschämten Lüge bemittelt. Das Blatt schreibt nach Mitteilung der Thatsache:

„Da nach dem Krankenversicherungs-Gesetz die Arbeiter zwei Drittel, die Arbeitgeber nur ein Drittel der Kostenbeiträge zahlen, so liegen auch in der Verwaltung der Krankenkassen zwei Drittel Arbeiter und ein Drittel Arbeitgeber. Letztere sind also von vornherein zur Ohnmacht verurteilt, und das Verhältnis wurde um so unerträglich, als die Sozialdemokratie sich der Herrschaft in den Krankenkassen bemächtigte.“

Wir sagen mit Absicht, daß diese Darstellung eine unverschämte Lüge enthalte, denn sie sucht den Anschein zu erwecken, als ob der Rücktritt der Leipziger Unternehmer von der Kassenverwaltung deshalb erfolgt wäre, weil sie gegen die Arbeitervertreter nicht aufkommen konnten. Es müßte aber geradezu ein Trottel sein, der nicht wüßte, daß der Rücktritt lediglich wegen der Eingriffe der Behörde in die Kassenverwaltung erfolgt ist. Die zurückgetretenen Herren haben ihren Entschluß zum Rücktritt schon vorher bekundet und ihn ausdrücklich öffentlich damit begründet, daß sie bei den dauernden Eingriffen der Behörde in die Kassenverwaltung die weitere Verantwortung für die Leitung der Kassenangelegenheiten nicht mehr zu tragen vermöchten. So bekannt, wie diese Ansicht der Unternehmervertreter, sind auch die Thatsachen, die ihr zu Grunde liegen. Die „Neuesten Nachrichten“ stellen deshalb den Vorgang wider besseres Wissen falsch dar. Sie liegen unverschämte.

Wegen die „freie Arztwahl“. Der in Dresden tagende Kongreß des Verbandes der eingeschriebenen Ärzte nahm eine Resolution an, die in der Arztbewegung eine Gefahr für eine gedeihliche Entwicklung der Krankenkassen erblickt, und spricht sich gegen die freie Arztwahl aus, aber für angemessene Arztbezahlung, die durch gütliche Vereinbarung anzustreben ist.

Die Satzungen der allgemeinen Arbeitsnachweisanstalt AöN haben eine arge Verschlechterung erfahren. Der Kölner Arbeitsnachweis wird mit schändlichen Mitteln unterhalten und von Vertretern aller Kölner Arbeiter- und Unternehmervereinigungen verwalten. Die Benutzung ist für beide Teile unentgeltlich. Die ganze Einrichtung war so, daß auch die modernen organisierten Arbeiter damit zufrieden sein konnten. Nun aber ist auf Beschluß der Verbandversammlung gerade die Bestimmung aus den Satzungen entfernt worden, die die Einrichtung den Arbeitern am meisten sympathisch machte, nämlich der bisherige § 15, der lautete: „Bei Arbeitsvermittlungen und Aussperrungen stellt die Arbeitsnachweisanstalt ihre Tätigkeit für das beteiligte Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig ein.“ Die Anstalt wies also Unternehmern, bei denen ein Ausstand vorlag oder die eine Aussperrung vorgenommen hatten, keine Arbeitskräfte zu. Zehn Jahre lang hat sich dieses Verfahren bewährt. Nun ist es dem unermüdbaren Ansturm der Unternehmer gelungen, es zu Fall zu bringen und durch eine andere Bestimmung zu ersetzen. Die neue Bestimmung entspricht allerdings bei weitem nicht den Wünschen der Unternehmer, immerhin aber steht der Kölner allgemeine Arbeitsnachweis von nun an auch im Dienste der Arbeitswilligenvermittlung. Die neue Bestimmung lautet: „Die Arbeitsnachweisenden, die auf eine durch Arbeitseinstellung oder Aussperrung freigebliebene Stelle geschickt werden, sind von diesem Anstand in Kenntnis zu setzen. Seitens der Anstalt ist es unzulässig, für im Ausstand befindliche Arbeiter hier oder auswärts Ersatz zu suchen.“

Selbstverständlich haben die Vertreter der Kölner Gewerkschaften gegen diese Verschönerung gestimmt, und man sollte meinen, daß dies alle Arbeitervertreter gethan hätten. Aber weit gefehlt: Die Vertreter des katholischen Gesellenvereins, des katholischen und des evangelischen Arbeitervereins und der Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine stimmten mit den Unternehmern.

„Praktischer Naturheilkundiger“ sein „ärztlicher“ Titel im Sinne der Gewerbe-Ordnung. Der Naturheilkundige Waciles hatte sich unter anderem auf Briefbogen „Praktischer Naturheilkundiger“ genannt. Er wurde deshalb auf Grund des § 147 Nr. 3 der Gewerbe-Ordnung angeklagt, weil er sich einen ärztlichen Titel beigelegt habe, der geeignet sei, den Anschein zu erwecken, daß er eine staatlich geprüfte Medizinperson sei. Das Schöffengericht verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe. Es billigte die Auffassung der Polizei und Staatsanwaltschaft, indem es meinte, jene Bezeichnung könne zwar schwerlich in den Kreisen der Gebildeten, sehr wohl aber in der ungebildeten Bevölkerung einen entsprechenden Jertum erwecken. — Das Landgericht hob jedoch das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Es führte aus, daß auch die ungebildeten Massen nicht durch den Titel „Praktischer Naturheilkundiger“ getäuscht werden könnten, wenn auch das Wort „praktisch“ gewöhnlich der Bezeichnung „Arzt“ der staatlich geprüften Medizinperson zugehört werde. Den unteren Bevölkerungsklassen sei der Stand der Naturheilkundigen sehr genau bekannt. Niemand werde sich durch das Wortchen „praktisch“ täuschen lassen. Und an sich könne sich ein Naturheilkundiger, der als solcher praktisch thätig sei, auch als „praktischer“ Naturheilkundiger bezeichnen, im Gegensatz zum Theoretiker. — Die Staatsanwaltschaft behauptete sich nicht, sondern legte noch Revision ein. Anzweifelt, so betonte sie, lasse die freitragende Bezeichnung die Deutung zu, daß es sich um eine an zuständiger Stelle

geprüfte Medizinperson handele. — Das Kammergericht hielt sich aber an die Feststellung des Landgerichts, daß die Bezeichnung nicht im Sinne des § 147 der Gewerbe-Ordnung zu wirken geeignet sei, für gebunden und verworf die staatsanwaltliche Revision. Ein Rechtsirrtum lasse die Vorentscheidung nicht erkennen.

### Lokales.

#### Kassenpraxis und Privatpraxis.

Die Krankenkasse „Regina“ ist, wie wir mitgeteilt haben, vom Pleitegeier ererbt worden. Die Beschwerden, die uns über diese Kasse zugegangen sind, bewegen sich in dem üblichen Rahmen und bieten nichts Ungewöhnliches oder Neues. Eine davon möchten wir aber doch der Öffentlichkeit unterbreiten; sie richtet sich weniger gegen die „Regina“ selber, als gegen einen ihrer Ärzte. Der Vorfall, den sie schildert, wird manchen Leser amüüsieren, manchem andern wird er der ernstesten Beachtung wert erscheinen. Die Sache reicht hinaus über den Kreis der „Regina“. Sie hätte ebenso bei einer andern Kasse passieren können und ist thatsächlich auch schon anderswo passiert.

Jeder, der unser Krankenkassenwesen kennt, weiß auch, daß da ein fortwährender Kriegszustand herrscht. Da schimpft immer einer über den andern, die Kranken über die Ärzte und über die Kassenbeamten, die Kassenbeamten über die Kranken und über die Ärzte, die Ärzte über die Kassenbeamten und über die Kranken. Aus den Reihen der Kranken kommen besonders häufig Klagen darüber, daß man zu rasch geneigt sei, überall Simulation zu sehen, und daß diese Simulationsdrescherei die Kranken belästige und beleidige.

Simulationsdrescherei war wohl auch der Grund einer Untersuchung, die der Vertrauensarzt der „Regina“, Herr Dr. Jakobi (Rixdorf, Hermannstraße) an einem Mitglied dieser Kasse vornehmen mußte, an einem in Berlin Südost wohnenden Schneider, der auf Kosten der „Regina“ in Behandlung eines andern Arztes war. Die Untersuchung fand in der Wohnung des Patienten statt. Sie kam diesem ein bißchen sehr kurz vor, noch mehr aber überraste ihn die Mitteilung, daß der Herr Doktor nichts gefunden habe. Dieses Ergebnis ließ sich schwer vereinigen mit dem Urteil des behandelnden Arztes, der den Mann für arbeitsunfähig erklärt hatte und auch nach der Untersuchung durch den Vertrauensarzt hieran noch festhielt. Entscheidend war aber natürlich die Ansicht des Vertrauensarztes. Die „Regina“ zahlte daher Krankengeld nur bis zum Tage des Jakobischen Besuches — und wieder mal war ein „Simulant“ unschädlich gemacht.

Der vermeintliche Simulant hatte nun aber keine Lust, sich das gefallen zu lassen. Er beschloß, von dem schlecht unterrichteten Dr. Jakobi an den besser zu unterrichtenden Dr. Jakobi zu appellieren. Zu diesem Zweck begab er sich in Straßenkleidung in die Wohnung Jakobis und ließ sich noch einmal von ihm untersuchen. Er bezeichnete sich jetzt als Privatpatient, gab Name und Veruf richtig an, nannte aber eine falsche Wohnung. Ueber das Resultat der gründlichen Untersuchung, die Dr. Jakobi vornahm, hat der Patient uns Mitteilungen gemacht, deren Einzelheiten wir hier nicht wiedergeben wollen. Nur soviel sei gesagt, daß der Mann aus den Äußerungen Dr. Jakobis den Eindruck gewann, es stehe schlecht mit ihm und er dürfe nicht arbeiten. Dr. Jakobi gab auch vorläufige Verordnungen und sagte die Witte hinzu, ihm am andern Tage noch eine Probe Urin zu bringen. Als dann aber am andern Tage die Frau des Patienten den Urin brachte, sagte ihr der Arzt auf den Kopf zu, daß sein neuer Privatpatient niemand anders sei als jener Kassenpatient, bei dem er nichts gefunden hatte. Der gleichlautende Name sei ihm nachträglich aufgefallen, sagte er. Die Frau gab das Schelmensüßlein zu und lachte dem Arzt ins Gesicht: „Mit Speck fängt man Mäuse!“

Wie die Sache geendet hat? Die Frau lief zur Kasse, um dort die gelungene Duplierung des Arztes mitzuteilen und zugleich auf Grund des Ergebnisses der erneuten Untersuchung einen neuen Krankenschein für ihren Mann zu fordern. Aber auch der Arzt hatte es eilig, nach dem Kassenbureau zu laufen und sich über den Vorfall zu äußern. Seine Darstellung soll sich in einigem nicht mit der Auffassung gedeht haben, die der Patient gewonnen hatte. Am andern Tage aber bekam der Patient — seinen Krankenschein.

Zu dem Thema „Damen ohne Herrenbegleitung“, das infolge des Hinausweisens anständiger Damen aus Berliner Restaurants in der bürgerlichen Presse lebhaftes Entzürnen fand, hatte der Vorstand des Vereins der Cafetiers Deutschlands gleichfalls dies Thema diskutiert und auf Antrag des 1. Vorsitzenden folgendes beschlossen:

„Wenn eine Dame ohne die Begleitung eines Herrn zweimal in einem und demselben Lokale erschienen ist und sich nicht genau wie eine anständige Dame betragen hat, so ist der betreffende Kellner verpflichtet, dies seinem Prinzipal zu melden. Letzterer hat sich von der Richtigkeit des Vorgebrachten zu überzeugen und der Dame bei ihrem Fortgange eine verschlossene Karte des Inhalts zu übergeben: „Bitte mein Lokal in Zukunft zu meiden.“ Der Umschlag enthält die Aufschrift: „Bitte draußen zu öffnen.“

Das Organ der organisierten Gastwirtegehilfen macht hierzu folgende zeitgemäße Bemerkungen:

„Wenn dieser Beschluß allgemein zur Ausführung gelangt, so ist zu erwarten, daß mehr als die Hälfte der Cafés ihre Pforten schließen werden. Wir glauben natürlich nicht an die Ausführung und müssen einen derartigen Beschluß als pure Heuchelei bezeichnen. Wir wissen, und auch denjenigen, die an der Beschlussfassung teilgenommen haben, dürfte es nicht ganz unbekannt sein, daß ein nicht kleiner Prozentsatz der Cafetiers sehr eifrig bemüht ist, den Verkehr der hier in Betracht kommenden „Damen“ in ihren Lokalen zu heben. Es soll sogar vorkommen, daß man diesen Damen gewisse Vergünstigungen zugesteht, um sie im Interesse des Geschäfts als Gäste, oder richtiger gesagt: als Köder für eine bestimmte Sorte Gäste, an das Lokal zu fesseln. Würde man also den Köder nicht mehr haben wollen, so könnte man auch die Goldfische nicht mehr angeln und darauf werden verschiedene Besitzer von „Wiener Cafés“ nicht verzichten.“

Entschieden verwahren müssen wir uns aber dagegen, daß die Kellner verpflichtet sein sollen, den Sittenwächter zu spielen. Abgesehen davon, daß der Begriff „anständig“ je nach individueller Auffassung ganz verschiedenlich interpretiert werden kann, und der Cafetier das Benehmen einer solchen Dame in vorkommenden Fällen noch als anständig erachtet, während es der Kellner als sehr unanständig bezeichnen, müssen unsere Kollegen die Uebernahme einer derartigen Rolle aus verschiedenen Gründen energisch ablehnen. Schon jetzt ist es in einigen Cafés üblich, daß die Kellner auf das Benehmen der Damen achten müßten, wobei sie aber sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Es sind uns wiederholt Fälle berichtet worden, daß ein Kellner aus seiner Stellung, für die er erst 50 M. und mehr dem Stellvertreter bezahle mußte, entlassen worden ist, weil er sich mit den in dem Café dominierenden „Damen“ nicht auf guten Fuß stellen konnte, oder weil er diese oder jene nicht respektvoll genug behandelte.

Café National, Hein. Red usw. usw. als Stätten des Anstandes sie dieses Thema, als für sie zur Behandlung ganz ungeeignet, anderen überlassen oder wenigstens von vornherein festgestellt hätten, daß der Beschluß nur auf solche Cafés Anwendung finden sollte, die dieser Firma einigermaßen entsprechen und nicht auf solche, die mit dem Titel „Fleischmarkt“ bezeichnet werden.

Café National, Hein. Red usw. usw. als Stätten des Anstandes und Sittell — Wer laßt da?

Von der städtischen Armenverwaltung erhielten im Monat Juni dieses Jahres 84 129 Almosenempfänger laufende Unterstüßungen im Gesamtbetrage von 537 439 M. Außerdem wurden an 1897 laufend Unterstüßte Extra-Unterstüßungen im Gesamtbetrage von 12 619 M. gezahlt. 142 der laufend Unterstüßten fanden in Heilanstalten Aufnahme.

Für 10 983 Pflegeelnder wurde an laufender Unterstüßung die Summe von 81 550 M. gezahlt. Außerdem erhielten 500 Pflegeelnder Extra-Unterstüßungen im Gesamtbetrage von 4934 M. 36 Pflegeelnder fanden Aufnahme in Heilanstalten.

Extra-Unterstüßungen an nicht laufend unterstüßte Personen wurden in 4918 Fällen im Gesamtbetrage von 55 338 M. gezahlt. Insgesamt verausgabte mithin die städtische Armenverwaltung im Monat Juni d. J. zu Armenunterstüßungszwecken die Summe von 691 880 M.

Die Vermehrung der Droschken in Berlin, die das hiesige Polizeipräsidium vom 1. Oktober d. J. ab wieder zuläßt, indem es zu diesem Zeitpunkt die hier seit Jahren bestehende Nummernbeschränkung aufhebt, findet nicht den Beifall aller Führerwerksbesitzer. Ihre Vereinigungen wollen sich deshalb mit dem Verkehrskommissariat des Polizeipräsidiums in Verbindung setzen und haben das zum Teil auch schon getan. Die Führerwerksbesitzer sind der Ansicht, daß gegenwärtig noch kein Bedürfnis vorliegt, in Berlin die Droschken zu vermehren. Sie weisen darauf hin, daß die meisten Führerwerke einen Teil ihrer Droschken gar nicht mal in Betrieb stellen und zwar deshalb nicht, weil es an Kutschern fehle. Dieser Mangel werde immer fühlbarer und sei dadurch hervorgerufen worden, daß das Polizeipräsidium hinsichtlich der Befähigung der Fahrer zu strenge Forderungen stelle. Es vermöge immer nur ein Teil der gemeldeten Kutscher den geforderten Nachweis zu erbringen.

Die Platinadiebstahl, die vor kurzem die beiden Schalen aus dem Laboratorium von Siemens u. Halske mit fast ungläublicher Dreifachheit entwendeten, konnten durch die unaufrichtigen, eingehendsten Beobachtungen der Charlottenburger Kriminalpolizei ermittelt und verhaftet werden. Ebenso wurde ein großer Teil des Edelmetalls zur Stelle geschafft, den die Diebe vergraben hatten. Der Kriminalkommissar Hollmann hatte die Ueberzeugung erlangt, daß lediglich Personen in Frage kommen könnten, die früher in der Fabrik beschäftigt waren. Zwei Tage nach dem Einbruch suchte der Uehrensänder Grasnid aus Charlottenburg ein Stück Platin in der Landsbergerstraße abzugeben und wurde eingesperrt. Er wollte nur das eine Stück besitzen und konnte eine Beschreibung der Person geben, von der er es gekauft hatte, deren Namen ihm aber unbekannt war. Die Beschreibung paßte auf einen Menschen, der der Polizei bereits verdächtig erschien, auf den unter dem Verdecknamen „Spieler-Alex“ bekannten und auch bestrafte Arbeitsburschen Alex Sebierski aus der Krümmestraße zu Charlottenburg, dessen ebenfalls bestrafte Bruder Stanislaus Sebierski in der Verbacherstraße „Die tote Sünde“ heißt, weil aus ihm nichts herauszubringen ist. Diese beiden in Gemeinschaft mit dem Burschen Paul Vredag aus der Ruhelplatzstraße in Berlin, der früher bei Siemens u. Halske arbeitete, hatten sich an den Arbeitsburschen Billy Hartmann herangemacht, der bei der Firma bis vor kurzer Zeit gearbeitet hatte, dessen Vater daselbst eine Vertrauensstellung inne hat und dessen Brüder dort jahrelang beschäftigt sind. Dieser Billy Hartmann ließ sich bewegen, an dem Einbruch teilzunehmen und dem Kleeblatt die Wege zu zeigen. Hartmann, den die bösen Hunde launten, stieg zuerst über den Zaun, dann Vredag. Beide lockten die Hunde fort und zogen somit auch den Wächter abseits. Währenddem führten die anderen den Einbruch aus, brachten die Schalen durch das zerstückelte Fenster, und alle zusammen vergruben den Schatz auf einem freien Platz in der Wikingstraße. Am nächsten Morgen begaben sich die Brüder Sebierski ohne Wissen der Complicen dort hin, gruben die Schalen aus, und Stanislaus nahm sie mit in seine Wohnung in der Beustelstraße, wo er sie zwei Tage im Keller versteckte und dann zerstückelt. Nachdem er ein Stück an Grasnid verkauft hatte, zog er mit einem Teil nach der Jungfernhöhe hinter der Luftschiffabteilung, um das Metall dort einzugraben. Hartmann und Vredag waren inzwischen eingesperrt, wußten aber nichts von dem Verbleib der Beute. Eine Beobachtung der Sebierski ergab, daß einer der Brüder nach der Jungfernhöhe ging. Nun wurde auch er mit seinem Bruder festgesetzt. Nachgrabungen förderten 1/2 Kilo Platin zu Tage; den Rest scheinen sie ins Wasser geworfen zu haben, als ihnen die Polizei auf den Fersen sah. Die beiden Sebierski wollen von nichts wissen, auch nichts vergraben haben, werden aber von den anderen als die Teilhaber bezeichnet und sind daher auch in das Untersuchungsgefängnis gewandert.

Naturwissenschaftliche Experimente gefährlichster Art wurden heute vormittag von einer Anzahl Schülern in der Prenzlauer Allee unternommen. Durch die Kängeweile während der Ferien waren sie auch auf den Gedanken gekommen, die in der Physik erworbenen Kenntnisse mit dem Material, was die Straße bietet, praktisch zu veranschaulichen. Zunächst gingen sie daran, ein auf dem Lagerplatz an der Christenburgerstraße aufgeflossenes Stück starken Drahtes zu biegen, in der Absicht, es nachher an die Stromleitung der Elektrischen zu hängen. Um das ohne Gefahr fertig zu bringen, steckte der Hauptexperimenteur das untere gerade Ende in eine leere Bierflasche, und hob, um vor den Wirkungen des Stromes geschützt, das gebogene Ende über die Leitung. Dann bildeten sie durch Handreichungen eine Kette; der Vornstehende berührte mit einer Seite den Draht und führte so einen schwachen Teil des Stromes durch die Körper der ganzen Kette, was natürlich lärmende Freude erregte. Kam ein Wagen die Schienen entlang, so mußte die Bierflasche ihre Schuldigkeit thun, das Hemmnis rechtzeitig zu entfernen. Von den wenigen Passanten achtete erst dann jemand auf das Treiben, als der zwölfjährige Fritz Wolff, der Sohn einer Witwe aus der Frankfurterstraße, plötzlich zusammenstürzte. Aus Neugierde oder Unverstand hatte er den hängenden Draht mit der Hand berührt und einen so heftigen Schlag erhalten, daß er erst nach etwa fünf Minuten sich bewegen und nach weiterer geräumter Zeit auch wieder sprechen konnte. Den Anstiftern dieses gefährlichen Zeitvertreibs wäre eine gehörige Tracht Prügel dienlich gewesen, sie waren aber rechtzeitig in alle Winde zerstreut.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich vorgestern Abend an der Ecke der Kleinen August- und Rosenhalerstraße zugetragen. Nachdem bereits vorgestern mittag ein dreijähriger Knabe in der Jannauellkirschstraße unter den Rädern eines Brauervagens seinen Tod gefunden, wurde um 8 Uhr Abends in der Kleinen Auguststraße der vier Jahre alte Moritz Joblowski von einem Müllwagen überfahren und getötet. Der Knabe, dessen Eltern in der Adlerstraße 6 wohnen, hatte schon vor etwa sechs Wochen das Unglück, in der Adlerstraße überfahren zu werden, wobei ihm drei Finger der rechten Hand zermalmt wurden. Der kleine J. litt noch an den Folgen der Verletzung und trug den Arm in einer Binde. Vorgestern hatte das Kind mehrere Knaben begleitet, die eine Fuhrer mit einem Handwagen machten, und nahm bei der Rückfahrt auf dem Wagen Platz, um sich fahren zu lassen. Plötzlich kam ein Müllwagen in schärfer Fahrt herangefahren und fuhr derartig gegen den Handwagen an, daß der kleine J. hinuntergeschleudert wurde und unter die Räder des Müllwagens geriet, die ihm über den Kopf gingen. Dem Kleinen wurde der Schädel buchstäblich zerpalten, so daß das Gehirn hervordrang. Der verunglückte Knabe wurde sofort nach dem Gebirgs-Krankenhaus gebracht, wo er wenige Minuten nach der Entlassung verstarb. Der schuldige Kutscher mußte sich seiner Personalkontrollen durch die Pflicht zu entziehen, wurde jedoch von einem Schutzmännchen, der den Verurteilten in die Fänge fiel, aufgehalten und nach der Polizeiwache in der Linienstraße gebracht.

Schwebendes Pferd. Am gestrigen Tage gegen 2 Uhr spielte sich am Potsdamer Platz folgende Scene ab: Auf dem dortigen Droschkenhalteplatz war ein Kutscher damit beschäftigt, sein Pferd zu tränken. Das Pferd schaute jedoch und rannte den Kutscher über den Haufen. Ein hingeworfener Schutzmännchen erlitt das Leichte Schicksal. Man mußte beide Verunglückte per Droschke vom Platz bringen.

Durch falsches Abspringen geriet gestern gegen 5 Uhr vor dem Hause Königgräberstraße 41 ein Herr unter die Räder eines Straßenbahnwagens. Mit schweren Verletzungen und ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, wurde der Bedauernswerte in ein Krankenhaus übergeführt.

Im Dienst verunglückt sind, wie erst jetzt bekannt wird, am Montagmorgen drei Telefonistinnen, die dem Fernsprekamt I in der Französischenstraße angehören. Sie wurden zu Boden geworfen und mußten nach den Wohnungen gebracht werden. Eine der jungen Damen soll sich bereits gestern erholt haben. Derzeit werden die Unfälle durch Ereignisse im Fernverkehr Berlin-Lübeck. Auf irgend einer Strecke war ein Gewitter, das der Strecke Berlin-Lübeck nicht bekannt war. Bedauerlicherweise betraugte der Vorsteher des Amtes I den Vorgang als Dienstgeheimnis und erklärte am Mittwochmorgen bei einer Anfrage, daß er keine Auskunft geben dürfe.

Die Droschkenvergiftungen werden epidemisch; kein Tag vergeht ohne solche. Auch der Händler Schöneberger aus Schöneberg griff zu diesem Mittel. Er hatte sechs Jahre lang bis zum 1. Oktober v. J. in der Hauptstraße zu Schöneberg ein gutgehendes Cigarettengeschäft, mußte aber ausziehen, weil der Hauswirt aus dem einen oder anderen Grunde seinen neuen Geschäft in der Grunewaldstraße 118 ging nicht, jedoch er von Sorgen um die Zukunft gequält wurde. Als seine Frau heute morgen aus der Wohnung in den Laden kam, lag er auf dem Fußboden, neben ihm stand ein Rest der Flüssigkeit. Er lebte noch und wurde nach einem Berliner Krankenhaus gebracht.

Unglücksfall mit Droschke vergiftete sich am Mittwochabend um 8 Uhr die Modistin Fräulein Alwein, die seit dem 1. August Dorotheenstraße 31 wohnte. Fräulein A. wurde durch einen Schutzmännchen nach der Charité überführt, wo an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Man vermutet, daß der Selbstmord wegen eines plötzlichen Zerwürfnisses mit ihrem Geliebten entstanden ist, denn eine Stunde vor dem Selbstmord machte die Dame noch Einkäufe in einem Posamentierladen im selben Hause, wo sie noch sehr lustig war. Eine Stunde später war das Unglück geschehen. Die Wirtsleute wurden auf das Unglück aufmerksam durch das starke Röcheln und den starken Droschkengeruch, der aus dem Zimmer des Fräuleins drang.

Wegen verärgelter Liebe erhängte sich gestern Abend um 8 Uhr der 21 Jahre alte Hausdiener Gustav Urban, der bei dem Galimut Kraatz in der Dieffenbachstraße 31 bedienstet war. Urban unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem Dienstmädchen, hatte aber vor einigen Tagen einen Abschiedsbrief empfangen mit der Begründung, daß die Stiefmutter das Verhältnis nicht billige. Das nahm er sich so zu Herzen, daß er am Mittwoch den Bierkeller aufsuchte und sich an einer eisernen Stange, an der er sonst zu turnen pflegte, mit seinem Verbleiben erhängte. Als man ihn fand, war der Tod schon eingetreten.

Tödliche Brandwunden erlitt an ihrem Geburtstag die 23jährige Tischlerfrau Hedwig Hillmann aus der Mariannenstraße 2. Zur Feier des Tages hatte sie mit ihrem Mann ein Wirtshaus besucht und war gegen Mitternacht heimgekehrt. Nach dem Aussteigen wollte sie die Petroleumlampe auslösen, ließ diese um, und das umherspritzende Öl geriet in Brand. Bald stand auch Frau H. in Flammen. Der Mann löschte zwar das Feuer in kurzer Zeit, aber die nur dürftig bekleidete Frau hatte am Oberkörper so schwere Brandwunden erlitten, daß sie in Bethanien, wohin sie gebracht wurde, starb.

Polizei ließ befehlsgemäß wurde die Leiche des 4 Monate alten Sohnes Bernhard des Schuhmachers Monadi aus der Alexandrinenstraße 118, der gestern morgen starb. Die Eltern hatten mit dem Kind eines starken Hustens wegen den Naturheilkundigen L. in der Alexanderstraße 65 besucht. Als man der Tod eintrat, konnte in dem Totenschein die Ursache des Ablebens ärztlich nicht bescheinigt werden. Daher die Beisetzungsanfrage.

Necker und unerreicht Weinhandel. Diese Frage wurde am Dienstag vor einem Auditorium von Fachleuten, die sich aus verschiedenen Städten Deutschlands und Oesterreichs in einem Lokale der Kommandantenstraße zu Berlin zum „Vierten deutschen Weingongress“ zusammengefunden hatten, in einer auch für Nichtfachleute recht interessanten Weise ventilirt. Einberufen war der „Gongress“ von dem Weingroßhändler Herrn G. Albig, der es als einen Teil seiner Lebensaufgabe bezeichnete, für den allgemeinen Vertrieb unverfälschter, naturreiner Weine einzutreten, damit die jetzt so herrschende Abneigung in dem großen Publikum gegen die kleinen und mittleren Freizeugnisse der deutschen Weinbaukultur nach und nach verschwinde und der Wein gewissermaßen wieder „Nationalgetränk“ größerer Massen des deutschen Volkes werde. Nun gab es ja einmal eine Zeit, wo der Wein — wenigstens in verschiedenen Gegenden Deutschlands — das tägliche Getränk auch der ärmeren Bevölkerung war. Doch, es war einmal! Längst ist der Wein fast ausschließlich nur zu einem Genussmittel der besitzenden Klassen geworden; die große Masse der Unbemittelten aber muß sich, soweit sie sich nicht zur Abstinenz bekennt, dank den Zuständen unserer heutigen Gesellschaftsordnung wohl oder übel mit Bier, wenn nicht gar mit elendem Fusel begnügen. Thatsache ist jedenfalls, daß, wenn in Arbeiterkreisen gelegentlich die Frage aufgeworfen wird: „Was also, was trinken wir?“, der Wein dabei so gut wie gar keine Rolle mehr spielt. Trotzdem dürfte es auch die Arbeiter interessieren, was der Referent auf dem Gongress über die üblichen Handelsgebräuche im Weinhandel ausführte. Seiner Ansicht nach werden die meisten Weinkonumenten Deutschlands in größlicher Weise über den Vöfel barbiert, weil es nur ganz wenige Großhändler giebt, die reinen unverfälschten Naturwein liefern. Gewöhnlich wird fast überall, sowohl beim Käufer der Rhein- und Moselregion, wie auch in den Kellerereien der Groß- und Kleinhändler des ganzen Reichs. Nicht allein, daß der Wein häufig durch Wasser bis auf das Dreifache des ursprünglichen Quantums „gestreckt“ wird, er wird auch durch Zusatz von Zucker und allerhand andre Manipulationen derartig „veredelt“, daß er vielfach die Bezeichnung „Wein“ überhaupt nicht mehr verdient. Selbst in den größten Restaurants von Berlin ist es dem Referenten angeblich schwer gefallen, für etwa 8 M. eine Flasche naturreinen Weines zu bekommen. Besonders Schmeichelei seien der Fälschung unterworfen, wobei die Weinqualitäten durchaus keine Ausnahme machen. Die „reinsten“ Weinstadt sei wohl Trier, sonst bekomme man selbst in den bestrenommierten Weinorten am Rhein, der Mosel oder in der Pfalz meistens gefälschtes Zeug zu trinken. Schuld an diesen Zuständen sei teils die mangelhafte gesetzliche Kontrolle, teils die Unkenntnis des Publikums wie auch der Weinhändler selbst. Hieraus ergeben sich auch von selbst die Maßnahmen zur Beseitigung der Uebelstände. Vor allem müsse der Geschmack des Publikums verfeinert werden, wenn die so notwendige Reform im Handel mit Klein- und Mittelweinen eintreten soll. Es wachse Wein genug in Deutschland, um auch den breiteren Massen einen größeren Weinkonsum zu gestatten, und in vielen Gegenden lasse sich die Rebe noch ohne besondere Schwierigkeiten zu bringen anbauen. Doch bei dem jetzigen Stande der Fälschung sei es nur zu erklärlich, wenn das große Publikum eine fast unüberwindliche Abneigung gegen einen Wein hege, der in Wirklichkeit gar kein Wein mehr sei. Den Anwesenden wurde im Anschluß an den Vortrag hinreichend Gelegenheit gegeben, bei einer Weinprobe sachmännlich geleitete „Studien“ über verfeinerten und unverfälschten Wein zu machen, und es läßt sich nicht leugnen: Ein guter Tropfen echten Weins ist jedenfalls ein schmackhaftes Getränk, so daß man sich nicht wundern darf, daß ihn Leute, „die sich's leisten können“, zu würdigen wissen. Für die proletarische Volksmasse freilich wird der Wein, ob echt, ob gefälscht, für absehbarer Zeit schwerlich zum „Nationalgetränk“ werden, so daß die Abstinenz sich über die Verfeinerungen des Herrn Albig kaum genau Quare waschen zu lassen brauchen.

Feuerbericht. In der letzten Nacht kam auf dem Kohlenbahnhof Wedding in der Fernstraße auf einem Lagerplatz Feuer aus. Der 16. Zug mußte tüchtig Wasser geben, um die Gefahr für den Bahnhof zu beseitigen. Gleichzeitig brannten Kohlen auf einem Lager-

platz in der Hufschmiedstraße 11. Ferner mußte nachts ein Balkenbrand auf dem Georgenkirchhof am Königsdamm gelöscht werden und in der Marienburgerstraße 3/4 ein Wohnungsbrand. In der Gauselstraße 111 brannte eine Toilette, in der Zimmerstraße 24 Portieren, Gardinen u. a., in der Friedenstraße 47 das Dach des Hauses und in der Kopenstraße 23 Vorhänge zc. In der Köbenerstraße 6 mußte abends ein Dachstuhlbrand gelöscht werden, der aus noch nicht ermittelter Ursache entflammt war und bei Ankunft der zweiten Compagnie schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Feuermann Schulz zog sich beim Vorgehen eine Rauchvergiftung zu und mußte nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden. Außerdem hatte die Feuerwehr noch in der Schönebergerstraße 12, wo Gardinen und andres brannten, in der Zimmerstraße 11, wo Betten in Brand geraten waren, und in der Antonstraße 1, wo in der Küche Feuer ausgebrochen war, sowie an einigen andren Orten zu thun.

Die Siemens-Schuckert-Werke errichten in der Jungfernhöhe unweit der Siemensischen Fabrik an der Spree ein neues großes Etablissement, das einen Teil der in der Markgrafenstraße 91 in Berlin befindlichen Abteilungen aufnehmen soll. Das neue Werk soll im nächsten Jahre fertig gestellt werden.

Straußes Spezialkarte der nördlichen Vororte von Berlin. Verhältnisse: 1:36000 ist soeben in neuer Auflage erschienen. Die infolge des großen Maßstabes äußerst übersichtliche und in färbiger Ausföhrung hergestellte Karte reicht vom Bahnhof Jannowitzbrücke in Berlin bis nach Hennigsdorf und von Spandau bis nach Schöneberg. Außer dem nördlichen Teile Berlins umfaßt sie 27 Orte mit sämtlichen Straßenamen, Straßen-, Dampf-, Eisenbahnverbindungen, Kreis-, Gemarkungs- und Weichbildgrenzen, Gausen, Landstrassen, Fahr-, Feld- und Fußwegen. Die beliebtesten Ausflugsziele der Berliner: Zegel, Zegler See, Zegler Forst, Jungfernhöhe, Spandauer Forst sind genau auf der Karte angegeben, die zum Preise von 1,00 M. durch jede Buch- und Papierhandlung und auch vom Verlag: Geographisches Institut und Landkarten-Verlag Jul. Straube, Berlin SW., zu beziehen ist.

### Aus den Nachbarorten.

Grünau. Am Sonnabend, den 6. August, Abends 9 Uhr, hält der Wahlverein in Mandts Wirtshaus in Karolinenhof eine Versammlung ab. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Treffpunkt Abends 8 Uhr im Restaurant Wirtswaldchen.

Nikolsch. Aus Gram über den Tod ihrer erwachsenen Tochter verurteilte sich die Herrmannstraße 46 wohnhafte Witwe Clara Heinrich mit Lyol zu vergiften. In hoffnungslosem Zustande wurde die Bedauernswerte nach der städtischen Krankenanstalt übergeführt. — Auf einem Neubau in der Boddenstraße wurden den Bauarbeitern die Stiefel gestohlen, welche während der Arbeitszeit im Quergebäude aufbewahrt wurden. Bisher fehlt von dem Diebe jede Spur.

Brix. Ein großes Schadenfeuer brach in der gestrigen Nacht auf dem Grundstück des Landwirts Wilhelm Schadow in der Rudowstraße hier selbst aus und vernichtete nicht nur die mit Erntevorräten gefüllte Scheune, sondern auch ein Stallgebäude mit dem Vieh. Beide Gebäude brannten trotz intensiver Thätigkeit der Feuerwehr total nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

Auf freiem Felde vom Blix erschlagen wurde die Frau des Handelsmannes Weichlof, Neue Luisenstraße 10 in Potsdam wohnhaft. Die Wachen Eheleute und deren 17-jähriger Sohn waren vorgestern nachmittag auf einem Acker in der Neuen Luisenstraße mit Feldarbeiten beschäftigt, als ein Gewitter zum Ausbruch kam. Die drei Personen wollten nach einer nahe bei dem Felde befindlichen Unterkunftsstube flüchten, als plötzlich ein Blitzstrahl in die Gruppe hineinschlug und alle drei besinnungslos zusammenschlugen. Weichlof und dessen Sohn waren nur beläut und erholt sich nach kurzer Zeit, während Frau W. anscheinend auf der Stelle getötet worden war. Die Haare waren ihr vom Kopf gejagt und der Körper mit blauen Strichen überzogen, die, vom Halse ausgehend, sich bis zu den Füßen erstreckten. Am rechten Arm war eine kleine Brandstelle sichtbar.

Vom reformwilligen Spandauer Magistrat! Es wird uns aus Spandau geschrieben: Unser Stadtoberverwaltung und im speziellen unser Magistrat sind ja nachgerade be-rühmt geworden wegen ihrer oft recht eigenartigen Auffassung von den social-reformistischen Aufgaben der Gemeinden. Wenn jemals in dieser Beziehung den bürgerlichen Stadtvätern ein geringes Zugeständnis abgenötigt worden ist, so stets erst nach langwierigen, heißen Kämpfen. Durch die bekannte Verögerungspolitik hat man in den letzten Jahren so manden socialpolitischen Fortschritt (Arbeitsnachweis, Schularzte, Schulsbäder usw.) zu hintertreiben vermocht, und außerdem falls schon der Magistrat nicht einmal vor einem Konflikt mit den Stadtoberordneten zurück, wenn diese zufällig einmal, sich über den engen Ideenkreis der kommunalen Reaktion hinwegsetzend, in irgend einer Specialfrage eine weitherzigere Auffassung bekundeten, als der Magistrat (Sommerurlaub für die städtischen Arbeiter). Was Wunder auch, hat doch der Oberbürgermeister in einer Sitzung erklärt, daß ihm jede Verthätigung in social-reformistischer Hinsicht durch die hämische Verichterstattung im „Vorwärts“ direkt — verfehlt werden könne. Der Herr scheint nämlich der originellen Ansicht zu sein, daß die sociale Thätigkeit der Gemeinden nicht etwa ein Akt selbstverständlicher Pflichterfüllung, sondern mehr das Produkt irgend einer persönlichen Laune oder gar eines gütnerhaften Wohlwollens ist. Nun will aber der Spandauer Magistrat mit aller, sonst in dergleichen Dingen nicht allzuoft an ihm bemerkten Energie eine — — „Reform“ durchsetzen, allerdings eine Reform im urreaktionären Sinne — nämlich die städtische Polizei soll dießmal daran glauben. In den letzten zehn Jahren sind nicht weniger als vier Anträge, welche auf die Ver-stärkung der städtischen Polizei Spandaus hinielen, ab-gelohnt worden, und zwar zuletzt erst vor wenigen Monaten. Seitdem kommt die Verstaärkungsfrage nicht mehr zur Ruhe, und der Magistrat scheint neuerdings das Eingreifen der Regierung herbeigeführt zu haben, denn wie jetzt verlautet, ist das, was der Oberbürgermeister in einer Stadtoberordneten-Sitzung weis-sagte, inzwischen eingetreten: der Minister des Innern befreit jetzt die Uebernahme der städtischen Polizei auf den Staat. Die Sache hat wunderbarer Weise jetzt auch derartige Eile, daß die Stadtoberordneten ihre Ferien unterbrechen und sich am kommenden Donnerstag mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen, und als Schreckmittel hat man auch gleich die Forderung einer Renanstellung von 1 Kom-missar und 10 Unterbeamten in Reserve! Ersucht werden sich die Spandauer Steuerzahler fragen: Was ist denn da oben bloß los?

### Gerichts-Zeitung.

Ein Nachspiel zu dem Ringkampf Oberle-Koch. Wie wir früher berichteten, hat der Ringkampf Koch-Oberle zu einem Civilproceß geführt. Ein Wettschlichter, der bei einem Wuchsmacher 8000 M. auf Oberle gesetzt und das Geld zu seinem Erstaunen verloren hat, da Koch belamlich als Sieger aus dem Kampfe hervorging, hat jetzt die Klage auf Herausgabe des Geldes gegen den Wuchsmacher ange-streift. Kläger behauptet, daß auf Grund einer vorher zwischen dem Ringenden getroffenen Vereinbarung schon vor Beginn des jedes-maligen Ringens das Ergebnis des Kampfes schon bekannt war, während der Beklagte behauptet, daß die Ringkämpfe im Circus Wuchsch endlich gemeinte Kämpfe waren, bei denen lediglich die Körperkraft und die Gewandtheit der gegen einander Ringenden den Ausschlag geben sollten. Besonders in betref der Schlichter-kämpfe zwischen Koch und Oberle soll nach der bezeichneten Richtung hin Beweis erhoben und sollen dazu die beiden Ringkämpfer selbst, außerdem Direktor Wuchsch, die beiden in dem Kampfe als Schieds-richter ausgeleiteten Herren und der Chefredacteur Leo Leitzinger als Zeugen geladen werden. Kläger wird vom Rechtsanwalt Dr. Jaroczny, Beklagter vom Rechtsanwalt Marzuc vertreten.

**Vermischtes.**

**Strasbourg, 4. August.** In Thann ist der Typhus ausgebrochen. Die Zahl der Erkrankten beläuft sich auf 58. In Wischweiler und Weisbauser wurden je 8 Typhusfälle konstatiert.

**Heilbronn, 4. August.** In Hildfeld, einem 2 Stunden von hier entfernten großen Bauerndorfe brach heute nachmittag eine Feuerbrunst aus, die bis jetzt 20 Häuser vernichtet hat. Die Kirche schwelt in großer Gefahr. Das Feuer soll von Kindern angelegt worden sein.

**Wachen, 4. August.** Wegen Verbrechen gegen § 175 wurde ein hiesiger Schuhmann verhaftet. Er hatte zu einem 18-jährigen Mädchen in unerlaubtem Verkehr gestanden, der Folgen hatte.

**Kirchenraub.** Nach Meldungen aus Rajah-Madomirov im Gouvernement Twer wurden in der dortigen im Centrum der Stadt gelegenen Olawitz-Kirche in der vorigen Nacht das kostbare Evangelium, sämtliche silbernen Gerätschaften, Altarkreuze und Heiligenbilder von unbekanntem Täter gestohlen.

**Lynchmorde.** Fast jede Woche bringen die Zeitungen in den Vereinigten Staaten Berichte von Lynchmorden. Ueber hundert Lynchmorde in einem Jahre ist die Regel und keinerlei Aufregung wird dadurch verursacht. Am häufigsten kommen solche Verurtheilungen aus dem Süden der Vereinigten Staaten und dort sind es fast immer Regier, welche der Bestie im Menschen zum Opfer fallen. Und diese Bestie wird immer grausamer, oft ganz entsetzlich grausam. Was immer in den schaurigsten Erzählungen aus dem Indianerleben von den Qualen eines Gefangenen am Marterpfahl berichtet wurde, das wird übertroffen von manchem modernen Lynchgericht. Ist die Bestie im Menschen zur vollen Wut gestiebt, so begnügt sie sich nicht damit, das Opfer zu hängen oder zu erschlagen; sie will es peinigen, langsam zu Tode quälen, bei lebendigem Leibe verbrennen. Dabei sind es die „besten Bürger“, die jeden Sonntag mit ihren Frauen zur Kirche gehen, es sind fromme Christen, die sich zummenthun, um blutige, furchtbare Mache an einem Missethäter zu nehmen, der ihre Gebote übertreten hat oder nur in einem solchen Verdachte steht.

Einer der gräßlichsten Lynchmorde der neuesten Zeit wurde im vergangenen Monat März (1904) in Dobbinsville im Staate Mississippi verübt. Die demokratische Tageszeitung „Evening Post“ von Vicksburg brachte den ausführlichen Bericht. Ein weicher Pflanzler war ermordet worden und ein Regier war des Mordes verdächtig. Der Regier floh und mit ihm sein Weib, welches in keiner Beziehung zu der Mordthat stand. Man brachte Hunderte auf die Spur der Flüchtlinge, die nach einer aufregenden Jagd eingefangen wurden. Man peinigte die beiden

schredlich; einzelne Gliedmaßen wurden ihnen abgehakt; Korkzieher wurden in das Fleisch der Unglücklichen gehohlet und die blutigen warmen Feten herausgerissen, endlich wurden sie lebendig verbrannt. Niemand hatte die Frau verdächtigt und dennoch fiel dieselbe dem wilden Blutdurst der Menge ebenfalls zum Opfer.

Eine solche schaurige Begebenheit wird oft zu einem Volkstest. Die Eisenbahnen lassen Extrazüge fahren, die Arbeit und die Geschäfte ruhen, die Farmer aus der Umgegend kommen zusammen, ganze Familien ziehen aus wie zu einem Freudenfeste, um das bestialische Vergnügen zu genießen, zu sehen, wie ein Mensch gefoltert und lebendig verbrannt wird.

In den letzten zehn Jahren sind viele solcher Lynchmorde vorgekommen, während es früher die Regel war, möglichst kurzen Prozeß durch den Strid oder die Angel zu machen.

Als Einzeldingung führen die Besten an, daß ihre Frauen nicht sicher seien, daß die Regier sie verewaltigen, und daß das Gesetz zu unständig und milde walle. Gegen den letzteren Einwurf spricht sehr deutlich ein Urteil, welches vor zwei Wochen in Mount Holly im Staate New Jersey gegen drei Regier ausgesprochen wurde. Es lautete wegen Angriff auf eine weiße Frau auf je 40 Jahren Gefängnis und die Untersuchung dauerte nur einige Tage. Was den ersteren viel gehörten Grund anbelangt, so hat dagegen erst kürzlich eine Frau Mary Church Terrell, Ehrenpräsidentin der nationalen Vereinigung von farbigen Frauen in Amerika, eine Statistik angeführt, nach welcher von 100 Regiern, die gehängt wurden, 75-85 der Notzucht überhaupt nicht angeklagt waren. Von den Angeklagten aber waren viele unschuldig, und dennoch wurden sie gehängt oder verbrannt, sobald nur der Verdacht rege wurde und ein blutdürstiger Pöbelhaufen sie umringte.

Es sind die Leberreste brutaler Willkür aus der Zeit der Sklaverei, die sich in den Lynchmorden zeigen, und ferner ist es der niedrige Kulturstand der Regiern im Süden, wodurch die Bestie im Menschen noch so wenig gezähmt ist. Von dieser dunklen Seite des amerikanischen Lebens hört man wenig in Europa und die Presse in Amerika macht nicht viel Aufhebens davon. Desto mehr wird von christlichen Missionsanstalten und der Bekämpfung der Wilden in fernem Ländern geschrieben und gesprochen.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Schwert und Säbel.** Fragen Sie an beim Sängerbund. Adresse Julius Reier, Urbanstr. 131. — **Schlenke.** Um die Küche je nach dem jeweiligen Wasserpreis zu heben oder zu senken. Wasserzähler in der Spree hat auch solchen in den Kanälen zur Folge. — **H. u. S.** Von Mitte Mai 1891 bis Schluss desselben Jahres. — **G. D. 25.** 2. September 1893. — **G. D. 333.** Senden Sie sich an das Bureau Ihrer Berufs-

organisation Straßenerstr. 48. — **Schweig.** Senden Sie sich an folgende Adresse an Kaufmann: D. Zimmer in Winterthur, Schweiz. — **100. G.** — **Kranke.** Offendlicher Krankenschw. für Berlin: B. Hinz, Prinzenstr. 66. — **NW. 21.** 1. Kurstr. 43/44. 2. Fachschule für Schneider, Dirlant: Herr Krause, Weidstr. 30. — **G. M. 50.** Schaffnerstr. 9. — **99 W. 99.** Durch Ihren Spektier finden Sie Aufnahme in den sozialdemokratischen Wahlverein. Ferner wäre zu empfehlen: Centralverband der Handlungsbörsen und -Geschäften. Adresse: B. Friedländer, Waisenstr. 25. Desgleichen Arbeiterbildungsschule. — **E. 26. G. G.** 22. 11. 02. — **G. B. G.** Grundstr. 24. Viehst. genügt die „Fach- und Fortbildungsschule für Bäuer, Zimmerer und Dachdecker“. 3 Abteilungen: A. Stall- (Schreiberstr. 54a, B. Stephanstr. 3, C. Markusstr. 49.

**Marktpreise von Berlin am 4. August.** Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*\*), gute Sorte 17,70-17,88 M., mittel 17,66-17,84 M., geringe 17,62-17,80 M. Roggen\*\*), gute Sorte 14,00-13,98 M., mittel 13,96-13,94 M., geringe 13,92-13,90 M. Futtergerste\*), gute Sorte 14,80-14,60 M., mittel 13,90 bis 13,10 M., geringe 13,00-12,90 M. Hafer\*), gute Sorte 16,10-15,90 M., mittel 15,40-14,80 M., geringe 14,70-14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-28,00 M., Speiseerbsen, weiße 50,00-26,00 M. Bohnen 60,00-25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00-7,00 M. Nichtstroh 4,50-4,00 M. Heu 8,00-6,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60-2,00 M. Eier per Schod 4,00-2,40 M. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

**Wasserstand am 3. August.** Elbe bei Magdeburg - 0,84 Meter, bei Dresden - 2,30 Meter, bei Regensburg + 0,07 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 0,85 Meter. - Oder bei Ratibor + 0,56 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 4,28 Meter, bei Breslau Unter-Begel - 1,74 Meter, bei Frankfurt + 0,11 Meter. - Weichsel bei Braunsberg + 1,72 Meter. - Barthe bei Wesen - 0,18 Meter. - Reye bei Ulf + 0,28 Meter.

**Witterungsüberblick vom 4. August 1904, morgen 8 Uhr.**

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Eintriede	770	SW	2	wolkenl	20	Saparanda	759	SW	2	stark bb.	15
Darmstadt	770	OSO	2	wolkenl	20	Bretzberg	764	SW	1	heiter	18
Berlin	770	W	2	wolkenl	20	Lort	-	-	-	-	-
Konstanz	768	NRD	2	wolkenl	22	Übersee	762	SO	3	bedekt	17
München	770	SO	4	wolkenl	20	Paris	768	SW	1	wolkenl	21
Wien	768	S	1	wolkenl	21						

**Wetter-Prognose für Freitag, den 5. August 1904.** Heiß und schön, nordlegend heiter bei schwachen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Freitag, den 5. August.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues königl. Opern-Theater.**  
Die Geisha, oder: Eine japanische Liebesgeschichte.  
**Deutsches Theater.** Gastspiel von Emil Hünler - Tomyas Humorkisten. Zum Schluss: Inheimische Gäste.  
Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Der Troubadour.  
Wesens. Liebeshandel.  
Berliner. Kaptenstreich.  
Central. Die Kamellen. Aufsehen und Kismet. Hanne Nates Abschied. Jochen Bösel. Ein kleiner Beamter.  
**Neues.** Einen Jux will er sich machen.  
Rekling. Die 300 Tage.  
Metropol. Ein tolles Jahr.  
Kypolis. Beatus auf Erden. Specialitäten.  
**Herrenseld-Theater.** Nur eine Nacht. Im andern Morgen.  
**Stadt-Theater-Moabit.** Der reiche Kustoch.  
**Reichshallen.** Stettiner Säng.  
**Passage-Theater.** Terta Semmeloff. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.  
**Urania.** Landwehrstraße 48/49.  
Die Weltausstellung in St. Louis. - Der Garbale.  
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater.)  
Freitagabend 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Büdel. **Der Troubadour.**  
Große Oper in 4 Akten von G. Verdi. **Sonabendabend 8 Uhr: Der polnische Jude.**  
Sonnabendabend 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Büdel. **Die Hugenotten.**  
Der Sommergarten ist eröffnet. Im Garten des Schiller-Theaters N. Täglich großes Militär-Konzert.

**Neues Theater.**

Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Einen Jux will er sich machen**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonabend: Einen Jux will er sich machen.

**Kleines Theater.**

Unter den Linden 44.  
**Nachtsyl.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonabend: Nachtsyl.

**Reichshallen-Theater.**

Nun wieder täglich: **Stettiner Säng.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend 7 Uhr.

**Turnverein „Fichte“ Berlin**  
Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.  
Sonnabend, den 6. August 1904:  
**Grosses Sommerfest**  
zur Feier des 14. Stiftungsfestes  
in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 108/114  
Konzert • Specialitäten ersten Ranges • Sängerschaft des Vereins  
Turnerische Aufführungen • Sommernachts-Ball.  
Kinderbelustigungen aller Art. Um 9 Uhr grosser Fackelzug bei bengalischer Beleuchtung.  
Jedes Kind erhält gratis 2 Bons.  
gültig für 1 Stocklaterne, Karussell, Schaukel oder Rutschbahn.  
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
**Von 6 Uhr ab in allen Sälen Grosser Ball.**  
Anfang 4 Uhr. 291/18\* Eintritt 25 Pf.  
Bei ungünstiger Witterung findet das gesamte Programm in den neu-erbauten Festsälen statt.  
Das Komitee.

**Central-Theater**

8 Uhr: Einakterabend aus Fritz Reuters Werken: 1. Die Kamellen. 2. Aufsehen und Kismet. 3. Hanne Nates Abschied. 4. Jochen Bösel. 5. Bräutigam letztes Stündlein. 6. Ein kleiner Beamter.  
Emil Richard, Igl. Hofschauspieler, a. G.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Residenz-Theater.**

Heute u. folgende Tage:  
**Die 300 Tage.**  
Schon in 3 Akten von Paul Gezaunt u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.  
Anfang 8 Uhr.

**Apollo-Theater.**

7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.  
8-9 1/2 Uhr: **Debüts**  
der neuen August-Attraktionen u.  
**Robert Steidl**  
mit neuem Repertoire.  
9 1/2 Uhr:  
**Venus auf Erden.**  
Operette von **Paul Lincke.**

**Herrnfeld-Theater.**

(XIII. Berliner Unter-Salon.)  
**Nur eine Nacht.**  
Zwei Akte aus einer Ope.  
**Am andern Morgen.**  
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“. Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr. Der große Naturgarten ist geöffnet.

**Metropol-Theater**

Der grösste Erfolg dieses Jahres:  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Belle-Alliance-Theater.**

Nur noch bis 14. August:  
**Winter-Tomyas Humorkisten**  
Vollständig neues unmistisches Progr.  
Im Sommergarten von 6 Uhr an:  
**Curt Goldmann-Konzert.**  
Von 8 Uhr an: Glänzend neues Specialitäten-Programm.  
Sonabend, 6. August: **Berliner Gassenhauer-Abend** (sammeltägigen) und **Sommernachtsfest** (Verlosung 1 goldenen Herren- und Damenuhr) und Tanz.

**Bernhard Rose-Theater**

Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Heute:  
**Grosse Extra-Vorstellung.**  
Frühe 7 1/2 Uhr: **Busch-Liesl.**  
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Willhardt.  
Außerdem das Sersat-August-Pragr.  
**Ein Neubau mit Hindernissen**  
Im Saal: Ball. Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.

**Victoria-Brauerei**

Lützowstr. 111/112.  
Täglich im Garten oder Saal:  
**Korsts Norddeutsche Humoristen**  
und **Quartett-Sänger.**  
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Bons haben Gültigkeit.

**Max Klem's Sommer-Theater**

Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten **Kinderfeste.** - Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Regeldamen, Wärselbuden, Konditorei, Blumenhand etc.  
In den Sälen:  
**Grosser Ball.**

**Etablissement Bughenhagen**

Kortplatz.  
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:  
**Konzert.**  
Dienstags, Donnerstags, Sonntags: **Führmann-Walde-Sänger.**  
Sonabend im Kaffeeaal: **Tanz.**

**Fröbels Allerlei-Theater**

fr. Pahlmann, Schöndorfer Allee 148.  
Heute: **Benecks-Vorstellung** für den Regisseur Ed. Wendt. Vollständig neue Spielfolge.  
**Hochzeitstheater. Lieserl. Sommernachtsstanz.**  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Sansonei.**

Rottebuser Thor - Stat. der Dönhofstr.  
Täglich im Garten:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Sonntag, Montag, Donnerstag:  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Zum Schluss:  
**Hans Tapps.**

**Berliner Präter**

Kastanien-Allee 7-9  
Täglich: **Vineta.**  
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten. **Satanella-Tris.** **Wardins.** **Clown Steffi.** Ball, Konzert, Specialitäten. Anf. 4 Uhr. Entr. 50 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

**Urania.**

Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Die Weltausstellung in St. Louis.**  
Hierauf: **Der Gardasee.**  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**

Der unverwundbare Fakir!  
Italienisches Original-Orchester, Damen und Herren.  
**Der Kampf um Port Arthur.**  
gr. akt. Spektakel-Schauspiel.

**Passage-Panopticum.**

Das Bärenweib, lebend.  
Der 16-jährige Riesenknabe  
**Der lange Josef**  
217 cm gross.  
Nada und Mamos, Gedankleser.  
**Der Leichenfund.**  
Aga, die schwebende Jungfrau.  
Alles ohne Extra-Entree.

**Schweizer-Garten**

am Königspl., am Friedrichshain 29/32.  
Täglich: **Theater**  
u. **Specialitäten-Vorstellung.**  
Volkshelustigungen und Ball.  
Jeden Abend: **Liesecke in Italien.**  
10 U. : Gefangnisse m. Lang v. L. Wip.  
Jeden Mittwoch: **Kinderfreudenfest.**  
Entree 30 Pf.  
Sonab., 13. Aug., ist für Vereine frei.

**Passage-Theater.**

**La belle Georgette,**  
Flammen- und Radium-Tänzerin.  
**Naniva, japanische Truppe.**  
Vierzehn erstklass. Nummern.

**Hans Tapps.**

Rottebuser Thor - Stat. der Dönhofstr.  
Täglich im Garten:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Sonntag, Montag, Donnerstag:  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Zum Schluss:  
**Hans Tapps.**

**Berliner Präter**

Kastanien-Allee 7-9  
Täglich: **Vineta.**  
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten. **Satanella-Tris.** **Wardins.** **Clown Steffi.** Ball, Konzert, Specialitäten. Anf. 4 Uhr. Entr. 50 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
In der Arena: **Der See-Elefant.**  
Eintritt vom Garten 30 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder die Hälfte.

**Cirkus**

**Sarraiani.**  
Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.  
Täglich:  
**Mr. Nelson**  
das menschl. **Känguruh.**

**W. Noacks Theater.**

Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.  
**Abel und Nadel,**  
oder: Berlin W. und Berlin N.  
Dazu die erfindlichsten Specialitäten.  
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche von 8 Uhr ab.  
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.  
Sonabend, den 6. August:  
**Premieren-Abend.**

**Ostbahn-Park.**

Am Küstrinerplatz, Rödorsdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Specialitäten-Vorstellung.**

**Diez' Specialitäten-Theater.**

Landsberger Allee 76/79.  
Direkt Ringbahnstation.  
Ob führt! Täglich! Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal:  
**Zum Totlachen**  
das vollständig neue Konkurrenzlose Riesenprogramm, ca. 35 Nummern.  
Unter andern:  
Grellniel-Troupe, 4 Personen, russische Tänze mit dem besten Tänzer.  
The Herwoods, American-Centric.  
Hody Bramien, der kleine Robold.  
Bruno Gaffron, der Drollige.  
Hervos & Baria, Centric's a Barren.  
Mstr. John ???, toller Manipulator.  
Elsa u. Paul Jaschuch, Fritz Brand zc.  
Kaffeeküche, Volkshelustigungen.  
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

**Wedding-Park**

Müllerstr. 178. Inf. C. Maschke.  
Sonntag, den 7. August  
kommt das **Moto-Mädchen**  
Das ist **Moto-Mädchen?**  
**Mensch oder Maschine?**  
Vorführung um 7 Uhr.

Achter Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen u. verwand. Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, 3. August.

Dritter Sitzungstag.

Es wird in die Beratung der zur Aenderung der Statuten gestellten Anträge eingetreten. Es findet darüber allgemeine Generaldiskussion statt. Von den vielen Anträgen seien erwähnt die von Gera, Salingen, Jülich, Stendal und Herford auf Erhöhung der Beiträge um wöchentlich 5 Pf. Zur Zeit beträgt dieser 25 Pf. pro Woche. Vom Vorstand ist in dieser Richtung ein Antrag nicht gestellt. Dieser steht, nach den Ausführungen Stühmers (Verbandsvorsitzender) auf dem Standpunkt, daß eine Beitragserhöhung zugleich eine Erhöhung der Unterstützungssätze bringen müsse, solle sich nicht jedesmal ein Sturm der Entrüstung unter den Kollegen geltend machen. Dagegen beantragt der Vorstand, daß ihm das Recht eingeräumt werden möge, wenn es nötig sei, mit Zustimmung des Ausschusses Extrabeiträge auszusprechen, die dann sämtliche Mitglieder zu zahlen haben. Dieser Antrag, wie auch die Anträge auf Erhöhung der Beiträge, finden wenig Sympathie. Gegen den Antrag des Vorstandes bezüglich des Extrabeitrages wird geltend gemacht, daß darüber auch die Mitglieder mitsprechen wollten, eventuell eine Urabstimmung entscheiden solle. Anträge von Dresden, Lüneburg und Regensburg wollen ältere Mitglieder, die das 60., beziehentlich das 50. Lebensjahr überschritten und mindestens 15, beziehentlich 25 Jahre dem Verbands angehört haben, vom Beitrag befreit sehen, unter voller Wahrung der statutarischen Rechte. Voraussetzung dabei soll sein, daß die betreffenden Kollegen nicht mehr im stande sind, durch Invalidität oder Altersschwäche so viel zu verdienen, um Beiträge leisten zu können. Gegen diese Anträge werden praktische Bedenken geltend gemacht. Besonders schwierig sei es, sich an die Altersgrenze zu halten. Diejenigen Delegierten, die sich aus den erwähnten Gründen gegen die Beitragsbefreiung aussprechen, wollen solche Fälle immer einzeln entschieden wissen. Zu den Urabstimmungen wird angeregt, diese erheblich einzuschränken. Zur Begründung verweist man auf die Verhandlung, die doch dazu da seien, um den Willen der Mitglieder zur Geltung zu bringen und deren Bedeutung herabgesetzt werde, wenn es möglich sei, durch Urabstimmung die Verhandlungsbeschlüsse wieder illusorisch zu machen. Ein Antrag Lübeck will, daß Mitglieder, die schon wiederholt dem Verbands angehört, nur dann wieder Aufnahme finden sollen, wenn dazu die Mitgliederversammlung des betreffenden Ortes ihre Zustimmung erteilt hat. Auf wiederholt geäußerte Bedenken gegen das Recht des Vorstandes, Extrabeiträge zu erheben, stellt S a m i n g, Verbandsassistent, richtig, daß der Vorstand sich dieses Recht so gedacht habe, daß nur bei außergewöhnlichen Anforderungen infolge von Lohnkämpfen ein Extrabeitrag ausgeschrieben werden könne, vielleicht von 50 Pf. oder 1 M. und diese Extraleistung dann wieder zu verschwinden habe. D a u e r n d e Extrabeiträge habe der Vorstand nicht im Auge. Weitere Anträge wollen die Gehaltsfrage der Verbandsbeamten regeln. Unter diesen Anträgen wollen die meisten als untere Grenze 2100 M. Jahresgehalt gesetzt sehen. Als Höchstgehalt variieren Sätze von 2400 M. und 2800 M. S a m i n g, Verbandsassistent, wendet sich dagegen, daß man bei den Gehältern der Verbandsbeamten als Maßstab anlege, was die Kollegen als niedrigstes Einkommen vielfach noch verdienen. Ebenso falsch sei es, statt einer bestimmten Gehaltsregelung nach einer Gehaltskala die Festsetzung der Gehaltshöhe nur den Verbandstagen zuweisen zu wollen. Redner begründet zugleich den Antrag des Vorstandes, den Verbandstag in Zukunft, statt alle 2 Jahre nur noch alle 3 Jahre stattfinden zu lassen. (Ein gleicher Antrag ist auch von einer Anzahl Filialen, aber meist kleinerer, gestellt.) Die gestellten Anträge auf Erweiterung der Unterstützungsanstalten bittet Redner abzulehnen. Säge man von der Erhöhung der Beiträge ab, so solle man darauf sehen, daß unter allen Umständen auf Stärkung des Kampffonds Bedacht genommen werden müsse, denn die Kämpfe mit dem Unternehmertum würden immer einschneidender. Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wird darauf angenommen und zur Spezialberatung aller zum Statut gestellten Anträge eine siebenköpfige Kommission gewählt.

Versammlungen.

Parlamentarismus und Generalstreik. — Raiser.

Diese Gegenstände bildeten die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung, die das Gewerkschaftsblatt Berlin und die Geschäfts-Kommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften am Mittwoch einberufen hatten. Die Versammlung tagte in Keller's Saal. Sie war sehr stark — von wenigstens 1500 Personen — besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Einberufer Rater des verstorbenen Genossen Reiter, dessen Andenken die Versammlung in ständiger Weise ehrte. Dann erhielt Dr. Friedberg das Wort zu seinem Vortrag über: „Parlamentarismus und Generalstreik.“ Die grundlegenden Gedanken des 14-stündigen Vortrages sind etwa folgende: Unser Ziel ist: Beseitigung der Klassenherrschaft, Verrückung der freien Persönlichkeit. Alles andre ist uns Mittel zum Zweck. Wir müssen uns fragen, wie weit wir diesem Ziele nahegekommen sind. Die allgemeine Lage des Proletariats hat sich nur ganz wenig gebessert, und dies wenige ist nicht auf Rechnung des Klassenkampfes allein zu setzen, sondern dabei haben andre, vom Klassenkampf unabhängige Umstände mitgewirkt: Prosperität, Auffassung des Kapitalismus, der Technik und Wissenschaft. Wenn wir die gegenwärtigen Verhältnisse betrachten, dann sehen wir, daß die Klassenherrschaft ungebrochen besteht und die Lage des Proletariats kaum ein wenig gebessert ist. Es entsteht nun die Frage: hat die deutsche proletarische Bewegung Fehler gemacht? Ich behaupte, daß die Taktik, welche das deutsche Proletariat bisher eingeschlagen hat, mindestens unzweckmäßig ist. (Sehr wahr!) Unsere politische Bewegung ist von dem Gedanken getragen: Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Das allgemeine Wahlrecht sollte das Mittel dazu sein. Was haben wir damit erreicht? Im Anfang unserer Bewegung haben unsere alten Führer durch ihre Feuer die Massen begeistert. Damals war die Abgabe der Wahlstimme ein Bekenntnis der Persönlichkeit; heute ist sie nur noch eine Sache des Vorteils. (Sehr wahr!) Die drei Millionen Stimmen wiegen für mich sehr wenig. (Sehr richtig!) (Beifall.) Wo ist denn die Macht des Proletariats? In Sachsen haben wir uns das allgemeine Wahlrecht nehmen lassen, wir konnten es nicht behaupten. Wenn heute die Forderungen gegen das Reichstags-Wahlrecht zur Durchführung gelangen, so ist das deutsche Proletariat völlig ohnmächtig dagegen. (Sehr wahr!) Ich sage: Wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Thräne nachweinen. Im Gegenteil, wir werden wieder einmal den Mangel an Taktik unserer Gegner bewundern müssen, ihre Taktlosigkeit, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnet über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat. (Beifall.) Der Parlamentarismus ist ein Instrument der herrschenden Klassen, er hat uns keinen Vorteil gebracht. Kein Gehalt von dem, was im Parlament verhandelt wird, hat mit den Masseninteressen des Proletariats nichts zu thun, es dient vielmehr den Interessen der herrschenden Klasse. Durch die Mitarbeit an diesen Dingen leidet die Wahrheit der Persönlichkeit unserer Vertreter, denn sie müssen ihre revolutionäre Gesinnung oft verbergen. Dabei ist unsere Führer auch die Fühlung mit den Massen verloren gegangen und die unmittelbare Arbeit für das Volk hat dadurch gelitten. Unsere Bewegung ist von einer großen Kulturbewegung herabgesunken zu einer reinen Wagenfrage. (Sehr wahr!) Nach unserem Programm soll die Religion Privatangelegenheit sein. Es gibt keinen Gott. Wenn wir freie Persönlichkeiten sein wollen, darf

die Religion nicht Privatangelegenheit sein. Rückständig ist die Socialdemokratie geworden, sie nimmt Rücksicht auf die rückständigen Massen. (Starker Beifall.) Philisterhafter und spießbürgerlicher wie die Angehörigen des Bürgertums sind unsere Vertreter geworden. (Zustimmung.) Auf dem Wege, den wir bisher eingeschlagen haben, können die Ziele des Socialismus nicht erreicht werden. Dadurch, daß Gesetze mit Hilfe der Socialdemokratie zu Stande kommen, wird der Sinn für Gesetzmäßigkeit im Proletariat beseitigt, einer Gesetzmäßigkeit, die nur im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Unsere anfangs freie Bewegung ist verflacht, sie hat nicht mehr den Mut, offen zu bekennen: Wir erkennen die Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes nicht an. Wenn Bebel in Dresden sagte, er sei der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, so glauben wir das nicht, denn er hilft ja mit an der Gesetzgebung zur Erhaltung dieser Gesellschaft. Der Parlamentarismus ist ein schlechtes Erziehungsmittel, denn er stellt an die Persönlichkeit so geringe Anforderungen, daß die Heranbildung freier Persönlichkeiten nicht möglich ist. — Es wäre schlimmer, wenn wir kein andres Mittel zur Beseitigung der Klassenherrschaft hätten als das, welches uns die bürgerliche Gesellschaft giebt: den Parlamentarismus. — Ein besseres Mittel, unsere Ziele zu erreichen, ist die Gewerkschaftsbewegung, die Berufsorganisation. Sie trägt den Keim der neuen Gesellschaftsordnung in sich. Unsere politischen Organisationen, auf denen ja die parlamentarische Bewegung ruht, haben es in vierzig Jahren auf etwa 200 000 Mitglieder gebracht, die Gewerkschaften zählen bereits über eine Million Mitglieder. Die Gewerkschaftsbewegung ist in ihren Grundzügen durchaus richtig, aber sie hat sich zu enge Ziele gesetzt. Sie sieht ihre Aufgabe nur in der Verbesserung der momentanen Lebenslage der Arbeiter und erkennt nicht, daß sie gerade die Aufgabe hat, unser Ziel zu erreichen, die freie Persönlichkeit zu entwickeln. Schwachheit ist es, daß Gewerkschaften schon dahin gekommen sind, wegen der Kosten auf die Raiserzeit zu verzichten. (Beifall.) Das Bestreben der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ist darauf gerichtet, unter allen Umständen ökonomische Macht für die Arbeiter zu erlangen. Wir müssen den idealen Sinn, den unsere Bewegung früher hatte, wieder gewinnen, nicht aber um jeden Preis ökonomische Macht zu erhalten suchen. Die Gewerkschaften müssen eine Erziehungsstätte für das Proletariat sein. Sie sollen kein Anhängel der Partei, sondern das Rückgrat des ganzen Klassenkampfes sein. Die Generalstreik-Idee kann den Gewerkschaften einen festen Rückhalt und einen weiten Horizont geben. Durch die Idee des Generalstreiks geben die Gewerkschaften dem Proletariat das, was ihm die politische Bewegung nicht geben kann. Der Generalstreik ist das einzige Mittel, womit wir den Klassenstaat tödlich treffen können. Natürlich läßt sich diese Idee von heute auf morgen nicht verwirklichen, aber wenn wir nach langjähriger Agitation drei Millionen an die Bahnen gebracht haben, wird es uns leichter gelingen, vier Millionen zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Die Generalstreik-Idee giebt uns neue Siegeshoffnung und Herz. Sie kann es dahin bringen, daß wir viel schneller als wir glauben, ans Ziel kommen. — Die Hauptsache ist die Erziehung der eignen Persönlichkeit. Man darf nicht — wie beim Parlamentarismus — alles vom Gegner erwarten. Um die Erziehung der freien Persönlichkeit zu fördern, muß alles Hemmende — besonders die Behandlung der Religion als Privatangelegenheit — aus unserem Programm entfernt werden. Wenn man heute ein freies Wort lesen will, muß man zur anarchischen Presse greifen, in der socialdemokratischen Presse findet man es nicht mehr. Ich empfehle deshalb die Lektüre anarchischer Schriften. — Daß das Militär gegen den Generalstreik ins Feld geführt wird, brauchen wir nicht zu fürchten, wenn die Gewerkschaften, wie in Frankreich, antimilitaristische Propaganda treiben. — Die Idee des Generalstreiks muß propagiert werden, sie muß zur leitenden Taktik des Proletariats werden. (Beifalliger Beifall.)

Zu diesem Punkt der Tagesordnung lag folgende Resolution vor:

Die irrthümliche Auffassung vom Wesen des Staates, ganz besonders aber die Ueberschätzung des Parlamentarismus, haben allmählich das Proletariat vom Boden des eigentlichen Klassenkampfes abgedrängt. Die Trennung der proletarischen Bewegung in politische Partei und Gewerkschaftsbewegung, die daraus erwachene Neutralisierung der Gewerkschaften, welche heute fast ausschließlich in der Verbesserung des Arbeitsvertrages ihre alleinige Aufgabe erblicken, hat dem Klassenkampf den Todesstoß gegeben.

Die mit der parlamentarischen Verrückung notwendigerweise verknüpfte Verschleierung der Ziele des Socialismus, seiner auf Loslösung von den Geheken des Klassenkampfes, seiner auf völlige und endgültige Befreiung der menschlichen Persönlichkeit gerichteten Tendenz; ferner der aus der Verschleierung der Gewerkschaftsbewegung hervorgehende enge Horizont, die beiden Bewegungen heute eigentümliche ungenügende Ueberschätzung der materiellen Mittel, haben eine völlig falsche Erziehung der Massen bewirkt und dadurch das deutsche Proletariat an äußeren Mitteln wenig reicher, an wahrer Macht ärmer gemacht.

Die wahre Macht des Proletariats beruht auf der in möglichst großer Zahl völlig freier, vom Geist des Klassenkampfes durchdrungener Persönlichkeiten, wie sie niemals der auf einem Vertretungssystem beruhende Parlamentarismus, wohl aber eine vom Geist des Socialismus getragene Gewerkschaftsbewegung heranbilden kann. „Geistige und sittliche Entwicklung der Einzelpersönlichkeit“; „Selbständige Organisation der Konsumtion und wenn möglich der Produktion“; „Massenaktionen mit voller Verantwortlichkeit jedes einzelnen — Streiks, Raiserzeit, Vorkauf“ —

das sind die Vorbedingungen der endgültigen Befreiung des Proletariats. Diese Befreiung selbst, die Aufhebung der Klassenherrschaft, wird erfolgen durch den Generalstreik. Nicht durch eine Revolution, nicht im Wege des Blutvergießens und roher Gewalt, sondern durch ein ethisches Kampfmittel, durch die Verweigerung der Persönlichkeit, die in weitem Umfange durchgeführt, das Proletariat aus der Produktion ausschaltet und dadurch die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihr Instrument, den Staat, beseitigt.

Aus diesen Gründen erwartet die heute am 3. August 1904 bei Keller tagende Versammlung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften in Berlin:

Daß die nur indirekt nützende, unzweckmäßige, ungeheure Opfer an geistigen und materiellen Kräften erfordernde parlamentarische Verrückung zurückgedrängt, alle Kräfte des deutschen Proletariats direkt auf die geistige und sittliche Hebung des Proletariats und auf den wirtschaftlichen Kampf verwandt werden. Daß davon der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen und die Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder über die Tagesfragen hinaus zu idealgeleiteten, bewussten Klassenkämpfen mit aller Macht betrieben und so die Möglichkeit eines siegreichen Generalstreiks für das deutsche Proletariat baldigst verwirklicht werde.

Ueber die Stellung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zur Raiserzeit sprach Rater. Er betonte, daß die Freie Vereinigung stets den Standpunkt eingenommen habe, daß die politische und die gewerkschaftliche Bewegung eins sein muß. Wer jetzt glaube, daß mit dem Tode Reichers die von ihm vertretene gewerkschaftliche Richtung erlöschen

werde, dem solle gezeigt werden, daß er sich gründlich irre. Der Kampf werde sich nicht mehr um Personen, sondern nur um Ideen drehen. Der Redner kritisierte die in der Parteiverammlung am Dienstag angenommene Resolution. Wenn die Organisation mit ihrem Geldsack hinter denen stehe, welche wegen der Raiserzeit ausgepeert werden, dann habe die Feier keinen Wert. Die Opfer müsse jeder selbst auf sich nehmen. Der Redner empfahl folgende Resolution:

In Erwägung, daß seit dem Internationalen Kongress 1889 zu Paris, der für den 1. Mai 1890 eine Internationale Manifestation (Rundgebung) beschloß, mit der Maßgabe, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen usw.

In fernerer Erwägung, daß sich seit 1890 bis 1903 der Gedanke der Arbeitseube am 1. Mai als Demonstration und als wichtigste Feier desselben immer mehr und mehr eingelebt hat, beidseitig die Versammlung, am 1. Mai jeden Jahres die Arbeiter ruhen zu lassen. Jeder Arbeiter hält es für seine Ehrenpflicht, an diesem Tage durch Verweigerung der Persönlichkeit unter voller Selbstverantwortung der Klassen-Gesellschaft sowie dem Klassenbewußten Proletariat zu bekunden, daß die Idee des allgemeinen Generalstreiks im Wachsen begriffen ist. Die Feier des 1. Mai soll der Maßstab für das Wachsen des Klassenbewußtseins im Proletariat sein.

Den Referaten folgte eine längere Diskussion, an der sich hauptsächlich Personen beteiligten, die als Anhänger anarchischer oder dem Anarchismus nahestehender Anschauungen bekannt sind. Der erste Redner, Weidner-Friedrichshagen, sagte, solche Worte, wie sie Dr. Friedberg gegen die Taktik der socialdemokratischen Partei richtete, habe man seit der Bewegung der Unabhängigen in großen Versammlungen nicht gehört. Daß solche Worte endlich öffentlich ausgesprochen werden, sei mit Freuden zu begrüßen. Daß es dahin kommen konnte, daß sei eine Folge der Niederlage von Comminshaw. Es müsse jetzt eine neue wirtschaftliche Kampftaktik eingeschlagen werden. — Albert Freude führte aus, er sei mit Friedberg einverstanden unter der Voraussetzung, daß derselbe nicht die anarchische mit der gewerkschaftlichen Bewegung verknüpfen wolle. Der Generalstreik sei nur durchführbar, wenn wir eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation haben. Deshalb müsse der Gegensatz zwischen lokaler und centraler Organisation beseitigt werden und beide Richtungen möglichst gemeinsam arbeiten. — Rudolf Lange führte sich als Anarchist ein. Er wolle aber nicht als solcher, sondern als revolutionärer Socialist zur Versammlung sprechen. Er freue sich über die lange nicht gehörten Töne, die hier angeschlagen worden seien. Es sei eine Genugthuung für die, welche wegen der heute von Friedberg ausgesprochenen Ansichten jahrelang bekämpft und beschimpft worden seien, daß diese Ideen jetzt durch ernste Männer öffentlich vertreten werden. Mit der Annahme der vorliegenden Resolution trete die Versammlung in Gegensatz zur Taktik ihrer Partei, sie werfe der Partei den Fehdehandschuh hin. Das sei ein historisches Ereignis; das man in den höheren Kreisen der Partei nicht mehr ignorieren könne, wie es bisher geschehen sei, so lange derartige Ansichten nur in kleinen Kreisen erörtert worden seien. Ferner behauptete der Redner, die socialdemokratische Presse unterrichte ihre Leser nicht über wichtige anarchische Veranstaltungen. Wie weit sich die Gewerkschaften vom Klassenkampf entfernt hätten, erhelle aus dieser Thatsache: Als die Annahme des Budgetaristis im Reichstagsbevorstand, habe Dr. Karl Liebknecht dem Parteivorstande den Vorschlag gemacht, man möge eine Demonstration in der Weise veranstalten, daß man die Arbeiter bewege, in losem Zuge am Reichstagsgebäude vorbeizuziehen. Der Parteivorstand habe Liebknecht an die Berliner Gewerkschaftskommission gewiesen, dieselbe habe den Vorschlag aber mit der Begründung abgelehnt: Die Gewerkschaften seien gegen Straßendemonstrationen, auch würden etwaige Maßregelungen anlässlich der Demonstration zu viel Geld kosten. Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit den Worten: Propagieren Sie, was Sie heute beschließen. Es lebe der revolutionäre Socialismus! Es lebe der Generalstreik! — Genosse Dannenberger führte aus: Die Anarchisten irren, wenn sie meinen, solche Worte, wie hier gesprochen wurden, habe man seit 12 Jahren nicht gehört. Die Freie Vereinigung der Gewerkschaften habe den hier behandelten Standpunkt immer vertreten. Sie habe sich damit nicht in Gegensatz zum Parteiprogramm, aber in Gegensatz zur Parteitaktik gestellt. Er wünsche jedoch, daß diese Ansichten im Einverständnis mit der Partei vertreten werden können. Mit einem Teil der Ausführungen Friedbergs erklärte sich der Redner nicht einverstanden, namentlich stimmte er der auf Bebel bezüglichen Aeußerung nicht zu. Bebel habe bewiesen, daß es ihm stets bitter ernst war mit der Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig!) Mit dem Generalstreik erklärte sich der Redner einverstanden. — Dieser sprach gegen den Parlamentarismus und die Socialdemokratie. Gegen 12 Uhr wurde ein Schlußantrag angenommen. 10 Redner ständen noch auf der Liste.

In seinem Schlußwort bemerkte Dr. Friedberg, er könne zu seiner Freude konstatieren, daß eine der feinsten entgegenstehende Anschauung in der Diskussion nicht ausgesprochen wurde. Gegenüber Dannenberger sagte der Redner, er habe dem Genossen Bebel nicht zu nahe treten wollen; er habe ja ausdrücklich betont, daß unsere alten Führer ihr ganzes Feuer und ihre ganze Kraft für unsere Bewegung einsetzten. Der Redner schloß: Wir thun mit der Verrückung der hier ausgesprochenen Ansichten einen schweren Schritt, aber die Zukunft der Arbeiterbewegung wird es uns Dank wissen. (Beifall.)

Die Resolution zum Parlamentarismus und Generalstreik wurde gegen 6 Stimmen, die Resolution zur Raiserzeit einstimmig angenommen. — Beide Resolutionen werden, wie der Vorsitzende Hinrichsen bemerkte, von den durch die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften nach Amsterdam delegierten Genossen vertreten werden.

Die Sektion der Arbeiter des Centralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 31. Juli ihre Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer Kelpin erstattete den Abrechnungsbildung vom zweiten Quartal 1904. Die Einnahme und Ausgabe der Zweigvereinsklasse betrug 12 864,25 M. Die Lokalkasse hatte einen Bestand vom ersten Quartal von 41 698,49 M., eine Einnahme von 6 850,05 M., im Summa 48 548,54 M. Die Ausgabe betrug 22 088,57 M., bleibt ein Bestand von 46 279,97 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 1904. Der Vorsitzende Neumann gab darauf einen kurzen Situationsbericht, in dem er folgendes ausführte: Die Hochkonjunktur hat jetzt zwar für uns etwas nachgelassen, es ist aber zu erwarten, daß sie nach einigen Wochen wieder von neuem einsetzt. Des weiteren machen sich noch immer Mängel an den Bauten bemerkbar. Zu diesen gehört hauptsächlich die Baubedenfrage. Neumann hat Bauten angetroffen, auf denen jede Kolonne eine besondere Bede hatte, das heißt, manchmal verdrängen diese die Bezeichnung Baubede nicht. Redner macht es sämtlichen Anteseiden zur Pflicht, dafür mit allem Nachdruck zu sorgen, daß auf jedem Bau eine vorchristliche gemeinsame Baubede vorhanden ist, und daß nicht jede Kolonne in einen besonderen Winkel zieht. Wenn möglich, soll die Baubede gemeinsam mit der der Maurer sein, wodurch auch die Kollegialität mehr gepflegt und eine bessere gegenseitige Kontrolle betreffs Innehaltung der Arbeitszeit sein würde. Sämtliche Diskussionsredner schlossen sich diesen Ausführungen an, wodurch die Versammlung ihr Einverständnis kundgab. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

